



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 10
Dienstag, 23. August 2011
18:01 - 20:22 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 06.09.2011

Vorsitz:	Edgar Zehnder	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Gädi Distel Beat Steinacher	CVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 30 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Urs Fürer Daniel Preisig Martin Roost Ernst Spengler Alfred Tappolet	SP SVP OeBS, parteilos SVP SVP
Anfang der Sitzung:	SR Peter Neukomm Katrin Bernath	Finanzreferent OeBS

TRAKTANDEN

1	Ersatzwahl in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport	Seite 273
2	VdSR Verkauf oder Sanierung Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87	Seite 273
3	Interpellation Till Hardmeier: Haben wir die richtigen Leute im Baureferat?	Seite 283
4	Interpellation Walter Hotz: Zielorientierung und Visionen bei den Jahresgesprächen	Seite 290
5	Postulat von Thomas Hauser: Vergrösserung der Pumpspeicheranlage Engeweiher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimertal	Seite 296

PENDENTE GESCHÄFTE

17.12.2010	VdSR Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum	FK Bau
01.03.2011	VdSR Strategie für die städtischen Restaurants	GPK
05.05.2011	Postulat Christa Flückiger (SP): Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt Schaffhausen	
24.05.2011	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile	
24.05.2011	Postulat Res Hauser (JFSH): Sponsoring soll vermehrt als Einnahmequelle genutzt werden	
07.06.2011	Postulat Josef Eugster (SVP): Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen Steuerwesens an den Kanton	
28.06.2011	VdSR betreffend Erhöhung des Betriebsbeitrags an die KSS Sport- und Freizeitanlagen gestützt auf Ziff. 7.2 der Leistungsvereinbarung vom 1. Januar 2009 zwischen der Stadt Schaffhausen und der KSS Sport- und Freizeitanlagen	GPK
12.07.2011	VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken	SPK
16.08.2011	VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Geissberg und Erweiterung der T-30-Zone Emmersberg	
16.08.2011	VdSR Abgabe einer Teilfläche des Grundstücks GB Nr. 21'534 an der Breitwiesenstrasse im Baurecht	

KLEINE ANFRAGEN 2011:

- Dr. Raphaël Rohner (FDP):
Einseitige Baulandstrategie - (noch) nicht erfüllter Auftrag des Grossen Stadtrats, Eingang 21. Juni 2011
- Andres Bächtold (SP):
Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen, Eingang 4. Juli 2011

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Ersatzwahl in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport

Der Grosse Stadtrat wählt Martin Jung (AL) in stiller Wahl für den Rest der Legislaturperiode 2009-2012 in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport.

Traktandum 2 Vorlage des Stadtrats vom 22. Februar 2011: Verkauf oder Sanierung Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 22. Februar 2011, den Bericht und Antrag der GPK vom 7. Juli 2011 sowie den Minderheitsantrag der GPK vom 7. Juli 2011 mit 17 : 11 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 22. Februar 2011 betreffend Verkauf oder Sanierung Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87, vom Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 7. Juli 2011 sowie vom Minderheitsantrag der Geschäftsprüfungskommission vom 7. Juli 2011.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Sanierungskredit in der Höhe von CHF 960'000.--, davon CHF 472'000.-- nicht gebundene Ausgaben, und beauftragt das städtische Hochbauamt mit der Ausführung der Arbeiten. Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass innerhalb eines halben Jahres nach dem Beschluss des Grossen Stadtrats ein Mieter zu den in der Vorlage genannten Bedingungen gefunden werden kann.
3. Der Grosse Stadtrat ermächtigt den Stadtrat, die Liegenschaft Marienstift zu einem Preis von mindestens CHF 1'500'000.-- zu verkaufen, sofern innerhalb eines halben Jahres nach dem Beschluss des Grossen Stadtrats kein Mietverhältnis abgeschlossen werden kann. Der Verkauf steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Stimmberechtigten der Stadt Schaffhausen.
4. Die nicht gebundenen Ausgaben gemäss Ziffer 2 dieses Beschlusses werden nach Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Traktandum 3 Interpellation Till Hardmeier (JFSH) vom 17. März 2011: Haben wir die richtigen Leute im Baureferat?

Die Interpellation wird von Till Hardmeier begründet, von SR Peter Käppler beantwortet und im Rat diskutiert.

**Traktandum 4 Interpellation Walter Hotz (FDP):
Zielorientierung und Visionen bei den Jahresgesprächen**

Die Interpellation wird von Walter Hotz begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

**Traktandum 5 Postulat Thomas Hauser (FDP):
Vergrößerung der Pumpspeicheranlage Engeweiher
und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimetal**

Das Postulat wird von Thomas Hauser begründet, von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat in seiner Schlussabstimmung mit 23 : 4 Stimmen erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP), eröffnet die Sitzung Nr. 10 vom 22. August 2011 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatte.

MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:

„Wie Sie vermutlich bemerkt haben, befinden wir uns neben einer Baustelle. Da die Rathauslaube noch immer im Umbau steckt, müssen wir den oberen Eingang beim Soldatendenkmal benützen. Da Sie alle hier sind, haben Sie dies offensichtlich bereits bemerkt. Die Toiletten können bei Bedarf im Kantonsgericht benützt werden.“

Ich teile Ihnen mit, dass der Stadtrat an seiner Sitzung vom 12. Juli 2011 an die Stelle der per 6. Juli 2011 aus dem Grossen Stadtrat ausgeschiedenen Amila Dracic von der Liste 8 der Alternativen Liste Martin Jung, Student, geboren 1984, für den Rest der Amtsdauer 2009-2012 als in den Grossen Stadtrat gewählt erklärt hat. Ich begrüsse Martin Jung bei uns als neuen Jungpolitiker und hoffe, dass er sich mit Freude, Anstand und viel Einsatz in unserem Rat zugunsten der Stadt Schaffhausen einsetzen wird.“

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf den Pulten liegen auf:

- Bericht und Antrag der GPK vom 7. Juli 2011 zu VdSR Verkauf oder Sanierung Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87. Die Vorlage ist auf der heutigen Traktandenliste aufgeführt.
- VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken vom 12.07.2011. Das Büro schätzt eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor.

Theresia Derksen (CVP):

„In der OeBS/CVP/EVP-Fraktion haben wir über die Vorlage des Stadtrats vom 12. Juli 2011 betreffend Verkauf von Baurechtsgrundstücken kontrovers diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass für diese Vorlage eine

Zuweisung in eine 11er-Spezialkommission sinnvoll und zu empfehlen ist. Einerseits geht es um eine finanzpolitische Entscheidung, und dies würde für die Zuweisung in die GPK sprechen, andererseits geht es nach unserer Ansicht um eine neue strategische Ausrichtung, und dies würde für die Fachkommission Bau sprechen. Deshalb stellt die OeBS/CVP/EVP-Fraktion den Antrag, die Vorlage Verkauf von Baurechtsgrundstücken in eine 11er-Spezialkommission zur Vorberatung zu überweisen. Wir freuen uns, wenn Sie diesen Antrag unterstützen. “

Urs Tanner (SP):

”Die SP/AL-Fraktion unterstützt diesen Antrag vollumfänglich. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von Theresia Derksen (CVP) gestellten Antrag zur Vorberatung des Geschäfts in eine 11er-Spezialkommission mit 21:7 Stimmen gut.

- VdSR betreffend Erhöhung des Betriebsbeitrags an die KSS Sport- und Freizeitanlagen gestützt auf Ziff. 7.2 der Leistungsvereinbarung vom 1. Januar 2009 zwischen der Stadt Schaffhausen und der KSS Sport- und Freizeitanlagen vom 28. Juni 2011. Das Büro schlägt eine Zuweisung zur Vorberatung in die GPK vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Geissberg und Erweiterung der T-30-Zone Emmersberg vom 16. August 2011. Die Zuweisung zur Vorberatung erfolgt an der Bürositzung vom 30. August 2011.
- VdSR Abgabe einer Teilfläche des Grundstücks GB Nr. 21'534 an der Breitwiesenstrasse im Baurecht vom 16. August 2011. Die Zuweisung zur Vorberatung erfolgt an der Bürositzung vom 30. August 2011
- Korrektur Antwort SR auf Kleine Anfrage Christine Thommen betreffend Frauenanteil im Kader der städtischen Verwaltung vom 14. Juli 2011
- Antwort SR auf Kleine Anfrage Walter Hotz betreffend Marketingziele und grundlegende Museumsstrategie der Stadt Schaffhausen vom 2. August 2011
- Antwort SR auf Kleine Anfrage 10/2011 von Dr. Cornelia Stamm Hurter und Hermann Schlatter betreffend Aufwertung der Poststelle 8204 Schaffhausen/Breite/Behindertengerechter Zugang zu städtischen Liegenschaften vom 16. August 2011
- Antwort SR auf Kleine Anfrage Nr. 9/2011 von Christa Flückiger betreffend Zukunftsperspektiven für die Schulen der Stadt Schaffhausen vom 16. August 2011
- Minderheitsantrag der GPK vom 7. Juli 2011 zu VdSR Verkauf oder Sanierung Marienstift vom 22. Februar 2011
- Bericht und Antrag der FK Bau vom 22. August 2011 betreffend VdSR Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum vom 17. Dezember 2010. Diese Vorlage wurde vom Präsidenten der Fachkommission Bau verhandlungsbereit gemeldet und wird auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung erscheinen.
- Tätigkeitsbericht etawatt 2009/2010
- Aktualisiertes Adressverzeichnis und Sitzordnung GrSR
- Einladung zu “Europäische Tage des Denkmals” am 10. September 2011

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 9 vom 5. Juli 2011 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 Ersatzwahl in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport

Wahlvorschläge:

Urs Tanner (SP) schlägt im Namen der SP/AL-Fraktion Martin Jung (AL) in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vor.

Martin Jung (AL) wird vom Grossen Stadtrat in stiller Wahl für den Rest der Legislatur 2009-2012 in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport gewählt.

Traktandum 2 VdSR Verkauf oder Sanierung Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87

Walter Hotz (FDP)**Sprecher der GPK**

„Heute Abend müssen wir über eine Vorlage beraten, die es in sich hat. Nicht nur, weil die Liegenschaft Marienstift an der Mühlenstrasse 87 seit dem Auszug der International School Schaffhausen Mitte 2009, das heisst seit über 2 Jahren leer steht und nur Kosten und keinen Ertrag für die Stadtkasse bewerkstelligt, sondern auch darum, weil die Liegenschaft eine mehr als bewegte Geschichte hinter sich hat. Die Villa „Zur Friedau“, wie die Liegenschaft Marienstift ursprünglich hiess, wurde als Wohnhaus erbaut, später als Erholungsanstalt für mittellose weibliche Wöchnerinnen und arbeitsunfähige Dienstboten genutzt, diente obdachlosen Familien, beherbergte zeitweise auch Soldaten, ab 1994 nutzte die Sonderschule für behinderte Kinder die Liegenschaft und 1999 zog die International School Schaffhausen ein. Die SN schrieb in einem Artikel treffend „Von der Gründerzeitvilla über die Gebäranstalt bis zur International School“.

Die Mitglieder in der GPK befassten sich am 28. Oktober 2010 das erste Mal unter dem Traktandum „Situationsüberblick Liegenschaft Marienstift“ mit diesem Geschäft. An dieser Sitzung informierte uns SR Peter Kämpfer ausführlich anhand eines Grundlagenpapiers, datiert vom 15. Oktober 2010. In diesem abgegebenen Papier erläuterte SR Peter Kämpfer vier verschiedene Szenarien bezüglich der Zukunft der Liegenschaft: Abgabe im Baurecht, Verkauf, Vermietung mit oder ohne Sanierung. Gleichzeitig wurde uns von der Rechtsberaterin des Baureferats ein Exposé betreffend gebundene und nicht gebundene Kosten abgegeben. Schon damals und an der vorangegangenen Budgetsitzung signalisierten die bürgerlichen Vertreter der GPK, sich für den Verkauf der Liegenschaft stark zu machen. Weiter wurde von bürgerlicher Seite verlangt, dass auch eine umfassende Renditenberechnung vom Baureferat erstellt werden muss.

Die Vorberatung der VdSR vom 22. Februar 2011 haben wir am 7. April 2011 in der GPK in Angriff genommen und sind auch einstimmig darauf eingetreten. SR Peter Kämppler stellte uns die Vorlage ausführlich vor und zeigte uns auf, dass eine Grobkostenschätzung des Hochbauamts für eine Rohbauinvestition bei CHF 890'000.-- liegen würde und ein Verkauf bei einem Mindestpreis von CHF 1'556'000.-- vorgesehen wäre. Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits drei Anfragen vor. Eine konkrete Aussage zu den Interessenten konnte uns allerdings SR Peter Kämppler noch nicht machen.

SR Peter Kämppler beurteilt das Objekt Marienstift an bester Lage mit grosser architektonischer und sozialgeschichtlicher Bedeutung und leitet damit ab, dass entsprechend ertragsorientiert vermietet werden kann. Die Mietwertschätzung des AGS Kantonales Amt für Grundstückschätzung, dies können Sie auch in der Vorlage auf Seite 6, Absatz 8, nachlesen, beträgt CHF 135'000.-- (nach Sanierung) im Jahr. Anlässlich unserer Eintretensdebatte wurden viele Fragen an das Baureferat gestellt: Bezüglich Gebäudeversicherungswert, Parkplätze, Baurechtsvergabe, Bauleitungskosten, denkmalpflegerische Massnahmen, interne/externe Kosten, was wiederum auf die Vollkostenrechnung einen Einfluss hatte, gebundene nicht gebundene Kosten. Unsere vielfältigen Fragen wurden uns vom Baureferat ausführlich beantwortet und auch mit entsprechenden Unterlagen dokumentiert.

Ausführlicher behandelten wir die Frage der Renditenrechnung. Dazu informierte uns der Immobilienverantwortliche Roger Düring detailliert. Diese Berechnung wurde auch in einer Arbeitsgruppe behandelt und in der Fachkommission Bau präsentiert. Die Berechnungsarten wurden uns ausführlich aus der Sichtweise der Immobilienbranche von einem unabhängigen, akkreditierten Liegenschaftsbegutachter des Kantonalen Amtes für Grundstückschätzungen AGS dargelegt. Gerade die Frage der Renditenberechnung verursachte eine sehr angeregte Diskussion, bestanden doch sehr unterschiedliche Meinungen zu Renditenberechnungen für den Investitionsentscheid Sanierung oder Verkauf. Zwischenzeitlich sind Grundlagen im Sinne der Diskussion erarbeitet worden und sollten für zukünftige Entscheide als Arbeitspapier Hilfe leisten.

Sie spüren vielleicht, dass sich die GPK-Mitglieder und die Mitarbeiter des Baureferats in der Zeit von Februar 2011 bis heute an drei Sitzungen sehr intensiv mit der Vorlage beschäftigt haben und das Resultat liegt Ihnen mit Bericht und Antrag der GPK vom 7. Juli 2011 vor.

Kurz vor der heutigen Debatte wurde Ihnen (das heisst den GPK-Mitgliedern, den Büromitgliedern und den Fraktionspräsidenten) von Stadtschreiber Christian Schneider mit Mail vom 19. August 2011 eine Stellungnahme des Stadtrates und ein Schreiben des Kantons Schaffhausen Baudepartement vom 18. August 2011 zugestellt. In dem Kantonalen Schreiben schreibt der offenbar nicht zur schnellen Truppe gehörende Regierungsrat Dr. Reto Dubach, dass der Kanton Interesse am Objekt Marienstift hat, jedoch nur in einem Mietverhältnis mit der Stadt. SR Peter Kämppler wird Sie diesbezüglich ausführlicher orientieren können oder müssen.

Einen einstimmigen Konsens in der Schlussabstimmung konnten wir in der GPK nicht finden. Dies können Sie auch Seite 2 des Berichts und Antrags der GPK vom 7. Juli 2011 entnehmen.

Ich beantrage Ihnen, gemäss GPK-Schlussabstimmung vom 7. Juli 2011 mit 4:3 Stimmen, die Liegenschaft zu mindestens 1,5 Millionen Franken zu verkaufen und

keine Sanierung mit anschliessender Vermietung vorzunehmen. Des Weiteren verweise ich auf die neu formulierten Anträge 1-4.

Erlauben Sie mir noch die Fraktionserklärung der Freiheitlich-liberalen Fraktion mitzuteilen:

Wir stimmen einstimmig dem Antrag der GPK zu. Mit grosser Aufmerksamkeit und Sorge verfolgen wir den hohen Investitionsbedarf in den nächsten Jahren für die Stadt Schaffhausen. Nach unserer Ansicht wird es für den Stadtrat unumgänglich und muss für ihn die Erkenntnis sein, dass ohne Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken der enorme zukünftige Investitionsbedarf nicht refinanziert werden kann. “

Peter Möller (SP)

Minderheitssprecher der GPK

”Ich danke dem Sprecher der Mehrheit der GPK für die ausführliche Schilderung der – man könnte beinahe sagen – Leidensgeschichte der Zukunft des Marienstifts. Sie haben es gehört, die GPK hat es sich nicht leicht gemacht mit dieser Vorlage. Wir konnten eine allgemein, auch von bürgerlicher Seite akzeptierte Ausscheidung zwischen gebundenen und nicht gebundenen Auslagen bei einer Sanierung dank tatkräftiger Mithilfe der Verwaltung erstellen. Dies hat einige Zeit, Aufwand und auch Sitzungsgelder gekostet.

Sie können sich wohl vorstellen, wie doch eher überraschend dann die Wende der Mehrheit der GPK bei uns ankam: Obwohl lange Zeit über die vorgeschlagene Grundsanierung und anschliessende Vermietung gesprochen wurde, verschiedene Detailfragen in diesem Zusammenhang aufgeworfen und geklärt wurden, von bürgerlicher Seite auch noch eine Renditeberechnung, Sanierung mit Vermietung und Verkauf angestellt und allseitig akzeptiert wurde, die übrigens einen klaren Mehrertrag für die Variante Sanierung/Vermietung auswies, kam dann alles anders. Als die Anträge behandelt wurden, erfolgte sogleich der Antrag auf Direktverkauf der Liegenschaft. Leichte, aber wirklich nur leichte Verblüffung hierüber machte sich bei einem kleineren Teil der GPK breit, war es doch nicht das erste Mal, dass die ideologischen Scheuklappen den Vorrang vor den Interessen der Stadt und damit auch ihrer Einwohnerinnen und Einwohner erhielten.

Es wird Sie kaum überraschen, dass die Minderheit der GPK einen den erfolgten Beratungen in der GPK angepassten Antrag stellt. Dieser ist mit dem ursprünglichen Antrag des Stadtrates identisch, ausser, dass er die neue Verteilung gebundene/nicht gebundene Kosten berücksichtigt. Es spricht viel für die Gutheissung dieses Antrages. Einerseits ist er, wie schon erwähnt, für die Stadt lukrativer oder lohnender. Andererseits kann er deutlich schneller umgesetzt werden als ein Verkauf, und so kann das schon lange leer stehende Marienstift schneller wieder einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Sollte wider Erwarten kein Mieter gefunden werden, woran ich persönlich nicht glaube, insbesondere, wenn wir berücksichtigen, dass der Kanton bereits ein gewisses Interesse bekundet hat, so wäre nichts verloren, denn dann ist der Verkauf als zweitbeste Variante schliesslich auch vorgesehen und immer noch möglich. Abschliessend bitte ich Sie, der vernünftigeren Lösung den Vorzug zu geben und dem Minderheitsantrag der GPK vom 7. Juli 2011 zuzustimmen.

Der Effizienz halber gebe ich Ihnen an dieser Stelle auch gleich die Stellungnahme der SP/AL-Fraktion bekannt:

Sie wird auf die Vorlage eintreten und dem GPK-Minderheitsantrag zustimmen. “

Hermann Schlatter (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Der GPK-Präsident hat Ihnen die wesentlichsten Eckpunkte der Beratungen über die Sanierung oder Verkauf Marienstift innerhalb der GPK geschildert - ein Geschäft, das bereits im Budget 2010 enthalten war, zu jener Zeit aber auf Antrag unserer Fraktion aus dem Budget gekippt wurde. Damals, also im Herbst 2009, hörte man von stadträtlicher Seite das Geschäft sei dringend, so wäre die Nachfrage nach dieser Liegenschaft bereits vorhanden. Deshalb meine ich auch, dass die erste Beratung in der GPK am 27. November 2009 - und nicht 2010 - stattgefunden hat. Erstaunlicherweise dauerte es aber fast eineinhalb Jahre bis uns der Stadtrat Ende Februar dieses Jahres das Geschäft erneut, mittels der jetzt zu behandelnden Vorlage, unterbreitete.

Die SVP/EDU-Fraktion steht geschlossen hinter dem Mehrheitsantrag der GPK, die Liegenschaft Marienstift zum Preis von 1,5 Millionen Franken zu veräussern. Aus Sicht unserer Fraktion handelt es sich beim Marienstift nicht um eine Liegenschaft von strategischer Bedeutung. Dazu kommt, dass wir schon lange die Auffassung vertreten, das Vermieten und Verwalten von Liegenschaften gehöre nicht zu den Kernaufgaben unserer Stadt, weshalb wir auch mit der vom Stadtrat proklamierten Immobilienstrategie nicht glücklich sind. Unserer Auffassung nach sollte sich die Stadt dort von unnötigem Ballast trennen, wo sie im Entscheid frei ist, und das ist hier der Fall. Dazu kommt, dass mit allen Mitteln versucht werden muss, eine weitere Verschuldung zu verhindern. Gerade in der heutigen unsicheren Zeit, in der uns in regelmässigen Abständen Bad news erreichen, ist zur Vorsicht gemahnt, denn wohl niemand ist heute in der Lage, den Schaden zu beurteilen, den uns die Eurokrise beim Steuersubstrat hinterlässt.

Auch Sie, geschätzte Ratsmitglieder, werden erst dann private Kapitalanlagen tätigen, wenn Sie mit gutem Recht sagen können, ich habe das Geld, das ich dafür einsetze im Trockenen oder eben auf der hohen Kante. Wenn Sie das Geld aber dringend dazu benötigen, Ihren Haushalt zu finanzieren und Ihr Jahresetat gar noch ein Defizit vorsieht, werden Sie wohl kaum unnötigerweise Geld binden, und was Zuhause gilt, sollte doch auch für den städtischen Haushalt gelten.

Bekanntlich hatte ich mit den Renditeberechnungen der städtischen Verwaltung meine liebe Mühe, ich erinnere an meine Voten im Zusammenhang mit der Vorlage „Verkauf der Liegenschaft zur Wasserquelle“, weshalb zwischenzeitlich eine Subarbeitsgruppe vom Stadtrat eingesetzt wurde, um eine mögliche, allgemeinverbindliche Formel zu finden. Weil diese Formel bei der Beratung dieses Geschäfts in der GPK noch nicht vorlag, einigten sich die GPK-Mitglieder, für den Renditevergleich auf die von mir ermittelte Formel abzustellen. Auf dem Papier ergibt sich bei dieser Methode zwar bei einer Eigeninvestition mit Vermietung eine etwas bessere Rendite als bei einem Verkauf, und diese dürfte dank dem Eurodebakel und den daraus resultierenden gegenwärtig tiefen Zinsen noch etwas günstiger ausfallen, doch wer weiss heute, wann sich die Vorzeichen ändern? Gerade deshalb vertritt unsere Fraktion die Meinung, ein Verkauf wäre jetzt das Richtige. Wir denken auch, der Verkauf der Liegenschaft ist derzeit günstig, so wird ja allgemein erwartet, dass das Verkehrsaufkommen in diesem Quartier durch die Eröffnung des Galgenbucktunnels zunimmt, was allenfalls zu Beeinträchtigungen bei Vermietung oder späterem Verkauf führen könnte.

Zusammenfassend halte ich nochmals fest: Die SVP/EDU-Fraktion sieht das Vermieten von Liegenschaften nicht als Kernaufgabe der Stadt, die Stadt hat sich dort zu engagieren, wo sie hoheitsrechtliche Aufgaben wahrnehmen muss. Die

finanzielle Situation unserer Stadt ist nicht so, dass überzähliges Geld für eine Eigeninvestition vorhanden wäre, weshalb für die SVP/EDU-Fraktion nur ein Verkauf der Liegenschaft Marienstift in Frage kommt. Auch das zwischenzeitlich eingegangene Mietinteresse des Kantons ändert nichts an unserer Haltung. Ja, das Desinteresse des Kantons an einem Kauf signalisiert uns, dass auch für den Kanton eine Eigensanierung zu wenig abwirft.

Katrin Hauser-Lauber (FDP)**FDP-Fraktionserklärung**

„Wie wir der Botschaft des Stadtrates entnehmen können, handelt es sich beim Marienstift um ein ursprüngliches Herrschaftsgut mit einer langen Geschichte. Dazu gehört wohl auch, dass Alt-Bundesrat Christoph Blocher in diesem ehrwürdigen Haus das Licht der Welt erblickte.

Obwohl uns der Stadtrat mit der Vorlage eine Grundsanierung der Liegenschaft Marienstift vorschlägt, ist ein Verkauf der Liegenschaft nicht ausgeschlossen. Gemäss Vorlage wird dieser stattfinden, wenn innerhalb eines halben Jahres nach Ausschreibung kein Mieter gefunden werden kann. Für mich wäre eine Baurechtsvergabe ein weiterer und auch gangbarer Weg für diese Liegenschaft gewesen. Da aber der Landwert gemäss Baurechtsreglement nur zu 75% angerechnet werden kann, würde diese Option vergünstigte Konditionen verursachen. Aus diesem Grund haben wir in der GPK davon abgesehen.

In der FDP-Fraktion haben wir die Vorlage ausführlich diskutiert. An dieser Stelle möchte ich den Baureferenten bitten, uns mitzuteilen, ob sich einzelne Interessenten für den Marienstift auch zum heutigen Zeitpunkt beide Varianten, eine Mietlösung wie auch eine Kauflösung, vorstellen können. Dieses aktuelle Wissen könnte unsere Grundhaltung für einen Verkauf des Marienstifts stützen.

Der GPK-Präsident, Walter Hotz, hat Ihnen den Inhalt der Vorlage bereits vorgestellt. Ich kann mich deshalb auf die einzelnen Punkte beschränken, die für unsere Fraktion von besonderer Bedeutung sind und den Verkauf gemäss den Anträgen der GPK unterstützen:

Die notwendige Grundsanierung - damit die Liegenschaft überhaupt vermietbar wird - kostet im Vergleich zu den Ertragsaussichten, die nach der Instandstellung der Liegenschaft mit rund CHF 135'000.- pro Jahr beziffert wird, sehr viel. Unter Einbezug der Architektenhonorare, die im Falle einer Fremdvergabe aus Kapazitätsgründen stadintern gemacht werden müsste, belaufen sich die Kosten für die Grundsanierung nach der Grobkostenschätzung des Hochbauamtes auf CHF 960'000.--. Generell erscheinen uns diese Kosten unter Berücksichtigung der heutigen Finanzlage der Stadt einfach zu hoch. Hinzu kommt, dass mögliche Aufwendungen für denkmalpflegerische Massnahmen, besonders in einem Raum mit Holztäfer, in den Sanierungskosten nicht eingerechnet sind. Schlussendlich möchten wir auch die für die Stadt komplizierten Parkplatzvermietungen bei einer Grundsanierung nicht ausser Betracht lassen. Auf dem Grundstück können höchstens 3-5 eigene Parkplätze eingerichtet werden. Für eine passende Neunutzung der Liegenschaft ist das eine sehr geringe Anzahl. Damit gesamthaft 6-7 Parkplätze möglich wären, stellt die Gemeinde Neuhausen weitere Parkplätze in unmittelbarer Nähe zur Vermietung in Aussicht. Die Stadt müsste also zusätzliche Parkplätze von Neuhausen mieten, um sie dann wieder mit der Liegenschaft vermieten zu können. Dieser Umstand dünkt uns schon sehr kompliziert.

Aus den genannten Gründen stimmt unsere Fraktion den Anträgen der GPK zu, obwohl die für den SR priorisierte Sanierung der Liegenschaft Marienstift das Objekt etwas schneller an den Markt bringen könnte. Ein Verkauf bedeutet im Gegensatz zur Sanierung eine Volksabstimmung mit längerem Zeithorizont. An dieser Stelle möchte ich aber daran erinnern, dass die Liegenschaft bereits seit Mitte 2009 leer steht. Gemäss der Planung vom letzten Jahr hätte vielleicht schon längst ein Mieter gefunden werden können. Es macht also den Braten auch nicht fetter, wenn wir heute einzig aus diesem Grund auf den Verkauf verzichten. Der Investitionsbedarf für die nahe Zukunft in unserer Stadt ist sehr hoch. Ich denke dabei an das neue Schulhaus Breite, an das Stadthausgeviert, an die Agglomerationsprojekte unter städtischer Federführung und auch an die Infrastrukturarbeiten im Zusammenhang mit dem neuen Fussballstadion FCS-Park in Herblingen. Das alles lässt sich nicht ohne den Verkauf von Liegenschaften und von Land in unserer Stadt refinanzieren. Ich bitte Sie, auch deshalb den Anträgen der GPK für den Verkauf Marienstift zuzustimmen.

Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Kommissionsanträgen der GPK vom 7. Juli 2011 zustimmen. “

Rainer Schmidig (EVP)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

”Wir haben bereits sehr ausführliche Informationen erhalten, ich möchte an dieser Stelle wieder zum Kern der Sache zurückkommen: Verkaufen oder vermieten. Nachdem sich der Kanton bei der Stadt meldete und uns sein mögliches Interesse mitteilte, fände ich es eigenartig, wenn wir dem Kanton “vor der Nase weg” dieses Objekt verkaufen würden - sprechen wir doch immer davon, dass Stadt und Kanton besser zusammenarbeiten müssen. Wir stehen jetzt einstimmig hinter einer Mietlösung und damit hinter dem GPK-Minderheitsantrag. “

SR Peter Käppler**Stellungnahme Stadtrat**

”Es ist richtig, dass ich das Geschäft vertrete, obwohl es auch vom Finanzreferenten hätte vorgestellt werden können, zumal es hier auch um finanzielle Grundsatzfragen geht. Besten Dank für die Berichte aus der GPK und aus den Fraktionen, namentlich auch danke für den ausführlichen Bericht des GPK-Präsidenten Walter Hotz (FDP), der alle wichtigen Details geschildert hat. Für den Stadtrat ist es wichtig, dass heute entschieden wird, wie das weitere Vorgehen bezüglich der Zukunft der Liegenschaft Marienstift aussieht. Wie Sie gehört haben, sind bereits verschiedene Vorgehensweisen versucht worden; heute soll definitiv entschieden werden, ob die Liegenschaft bei der Stadt bleibt oder verkauft wird.

Nach ihrer bewegten rund 150-jährigen Geschichte mit Nutzung als Wohnhaus, Erholungsanstalt, Gebäranstalt, Asyl für Obdachlose, Altersheim, Sonderschule und zuletzt als International School ISSH, ist die Liegenschaft heute aus Sicht des Stadtrates entbehrlich geworden. Mit der Vorlage des Stadtrates haben wir Ihnen ein Vorgehen beantragt, mit dem wir die Liegenschaft so rasch als möglich einer neuen Verwendung zuführen können. Der Stadtrat ist überzeugt, dass dieses Objekt gut zu vermarkten ist; es braucht dazu aber eine Sanierung, die sich aus dem aufgestauten Unterhalt, brandschutztechnischen Sanierungen, dem Ersatz von Sanitär-, Küchen- und der Liftanlagen ergibt. Weitere Sanierungen sind nicht vorgesehen und werden Sache des zukünftigen Mieters sein. Mit diesen Sanierungsmassnahmen werden die Voraussetzungen geschaffen, damit ein künftiger Mieter seinen mieterspezifischen Innenausbau selber vornehmen kann. Es werden also nur notwendige Sanierungen

vorgenommen, um das Haus vermietbar zu machen.

Nach Ansicht des Stadtrates, die auch durch die von der GPK erarbeitete Renditeberechnung bestätigt wurde, ist die Variante Sanierung und Vermietung der Liegenschaft für die Stadt finanziell besser als die Variante Verkauf. Unter diesem Gesichtspunkt empfiehlt Ihnen der Stadtrat, diese Variante zu wählen. Weil die Sanierung erst in Angriff genommen wird, wenn eine verbindliche Mietzusage vorliegt und in Absprache mit dem Mieter erfolgt, ist das Risiko einer Fehlinvestition nicht vorhanden. Zudem würde der Stadtrat Ihnen eine Vorlage für den Verkauf unterbreiten, sofern innerhalb eines halben Jahres nach Ausschreibung kein Mieter gefunden werden kann. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen deshalb, dem Antrag der GPK-Minderheit zu folgen, wie von Peter Möller (SP) beantragt.

Wie wir Sie via Büro informiert haben, steht momentan das Interesse des Kantons für die Liegenschaft zur Diskussion. Der Stadtrat würde im Falle des konkreten Interesses des Kantons als wichtigen Partner der Stadt diesen natürlich auch gerne als Mieter sehen. Für die weiteren Verhandlungen, die sich für die Preisberechnung auf die Basis der Vorlage des Stadtrates stützen, ist der Entscheid des Grossen Stadtrates über das weitere Vorgehen Voraussetzung. Den definitiven Entscheid, ob das Marienstift beim Kanton die erste Wahl ist, werden wir frühestens Ende September erhalten, denn erst letzten Freitag hat der Kanton eine Offerte für die Miete angefordert. Unbestreitbar ist, dass die vom Stadtrat vorgeschlagene Variante die notwendige Flexibilität für die Verhandlungen mit dem Kanton ergibt.

Die Frage, ob weitere Interessenten vorhanden sind und wie konkret diese Anfragen sind, wurde gestellt. Zwar wurden wir verschiedentlich angefragt und zwei Interessenten sind konkret auf der Warteliste. Wir haben aber die Suche von Interessenten für Miete oder Kauf der Liegenschaft nicht aktiv betrieben, solange der Entscheid des Parlamentes nicht vorliegt. Sicher ist, dass die Liegenschaft am Markt gut zu positionieren ist, wie auch in der Stellungnahme der Wirtschaftsförderung auf Seite 6 der Vorlage des Stadtrates dokumentiert.

Ich möchte zu der Aussagen von Hermann Schlatter (SVP), es sei nicht Aufgabe der Stadt, Liegenschaften zu vermieten, noch Folgendes hinzufügen: Der Liegenschaftsbestand der Stadt ist ein wichtiger Vermögensteil, welcher der Bevölkerung der Stadt Schaffhausen gehört und weit über eine halbe Milliarde Wert hat. Es wäre unverantwortbar, diesen Immobilienbestand nicht bestmöglich zu verwalten und einen möglichst guten Gewinn zu erwirtschaften. Dies bildet sich auch in der Immobilienstrategie des Stadtrats ab. Natürlich haben die öffentlichen Nutzungen Vorrang, und es gibt auch Liegenschaften, aus denen kein Gewinn zu ziehen ist, beispielsweise die Kirchen und der Munot. Ich bin gespannt auf die Diskussion und Ihren Entscheid, “

Urs Tanner (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Auf unseren Pulten haben wir die Einladung zum Europäischen Tag des Denkmal in Schaffhausen am 10. September 2011. Wir werden eingeladen, unsere Denkmäler zu besichtigen, das ist sicherlich eine gute Sache. Wir freuen uns darüber und beweihräuchern uns mit unseren schönen Denkmälern - gleichzeitig steht in der Vorlage, dass die Villa “Zur Friedau” ein charakteristischer Vertreter der repräsentativen Villenarchitektur des 19. Jahrhunderts sei. Ich gehe davon aus, dass das stimmt; ich bin nicht Architekturhistoriker. Das heisst für mich, dass wir am 10. September zwar den Tag des Denkmals begehen, aber heute unser zukünftiges

grosses Erbe verschleudern. Mit diesem Wissen hätten Sie das Kloster und den Munot verkauft. Warum sollen wir den städtischen Goldschatz, unsere historische Vergangenheit verscherbeln, und dies ausgerechnet von einer Partei kommend, die sehr auf das Patriotische und das Unsere pocht. Und dann noch zu einem Schnäppchenpreis von CHF 1,5 Mio. Damit bekommen Sie im Zürcher Seefeld eine 4-Zimmerwohnung. Von der Krise zu reden und historische Denkmäler, die unserer Stadt gehören, zu verkaufen, ist absoluter Unsinn. Ich bitte Sie, geben Sie dem GPK-Minderheitsantrag eine Chance; der Verkauf kommt ja vielleicht noch, und wenn er dann kommen sollte, bin ich froh, dass er vors Volk kommt. “

Daniel Schlatter (SP)**Votum**

”Bei diesem Geschäft muss ich nicht auf die Details eingehen. Sie wurden bereits von meinen Vorrednern erwähnt; jedoch frage ich mich, was ist für Schaffhausen wichtig? Jetzt alles versilbern, sodass kurzfristig die Rechnung gut aussieht und wie die Stadt in 10 bis 15 Jahren finanziell dasteht, kümmert uns nicht. Oder wir denken auch an später, behalten die Liegenschaft und erhalten so konstant jährlich einen Mietzins, der auch in den Folgejahren der Stadtkasse gut tut. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise ist jede Gesellschaft gut beraten, wenn sie gut unterhaltene Liegenschaften besitzt. Darum: Schuster bleib bei deinen Leisten, und behalten wir den Marienstift und stimmen der Sanierung zu. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

”Ich möchte auf zwei Punkte der GPK-Mehrheit eingehen: Wir haben von Hermann Schlatter gehört, dass ein Privater niemals, wenn er Schulden hat, sei es in seinem Geschäft oder als Hypotheken auf seiner Liegenschaft, weitere Investitionen tätigen sollte. In unseren Reihen haben wir auch Unternehmer. Auch wenn diese in ihren Geschäften Schulden haben - was bei den meisten sicherlich der Fall ist - investieren sie trotzdem, sofern sie ein gutes Geschäft machen können. Fast alle Liegenschaftsverwalter nehmen Geld auf und investieren. Sie rechnen nach der “Schlatterschen Methode”, wie Sie das gemacht haben, und wenn die Rendite gut ist, tätigen sie die Investitionen. Ich sehe nicht ein, warum die Stadt nicht nach dem gleichen Muster funktionieren soll. Ausser Sie sagen, was aber reine Ideologie ist, die Stadt soll keine Liegenschaften besitzen, die nicht nötig sind, und sie soll auch auf keinen Fall Geschäfte mit diesen Liegenschaften machen, sondern ihr Liegenschaftenportefeuille auf das Minimum reduzieren und alles andere verscherbeln.

Ich bin der Meinung, dass die öffentliche Hand ein entsprechendes Liegenschaftenportfolio hat, weil das nützlich und sinnvoll ist. Das hat sich offensichtlich am Beispiel Marienstift auch gezeigt, als 1999 die International School, an der Sie durchaus grosse Freude haben, in diese städtische Liegenschaft einzog und jetzt wieder in einer weiteren städtische Liegenschaft untergebracht ist, weil wir mit dem Logierhaus im Besitz der Stadt ein gutes Angebot unterbreiten konnten. Langfristig gesehen kann ein Objekt wie die Liegenschaft Marienstift von strategisch wichtiger Bedeutung sein.

Ich bitte Sie, seien Sie doch nicht schizophran, bleiben Sie bei Ihrer eigenen Haltung, lassen Sie die Stadt unternehmerisch sein und ihren Beitrag auch über die Liegenschaften zum Wohl der Stadt verdienen. “

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

„Ich nehme das letzte Wort von Kurt Zubler auf - schizophren - und gehe davon aus, dass in diesem Fall am Montagmorgen jeweils nur Schizophrene im Kantonsratsaal sitzen, da gemäss Kanton - und Sie sind ja auch zu 50% Kantonsbürger - das Halten und Verwalten von Liegenschaften des Finanzvermögens nicht zur Kernaufgabe eines Staates gehören. Es ist jedoch klar, wir sind Bürgerliche und haben eine andere Ansicht wie Sie. Es ist ebenfalls klar, dass wir mit dieser Minderheit, die wir heute Abend haben, nicht durchkommen werden.“

Zur Bemerkung von Urs Tanner bezüglich Seefeld/Zürich: Ich glaube, wir können froh sein, nicht im Seefeld zu sein, sonst würde sich Urs Tanner über die hohen Mieten und die wenigen leer stehenden Wohnungen beklagen. Es gibt immer zwei Seiten zu berücksichtigen, man kann nicht nur sagen, es sei günstig hier. Auch die Mieten sind wesentlich günstiger bei uns als im Seefeld oder anderen Lagen in Zürich. Bei allfälligen Vergleichen sollte man fair bleiben.

Betreffend Sicherung: Es ist mir nicht bekannt, dass ein privater Investor die Liegenschaft unter den Arm nehmen und nach Honolulu tragen will. Es ist ein sehr hoher Schutz über die geltende Gesetzgebung gewährleistet (Heimatschutz und die Denkmalpflege). Auch ein privater Investor hat schlussendlich das umzusetzen, was die Spezialisten für diese Liegenschaft vorgeben. “

Till Hardmeier (JFSH)**Votum**

„Es ist schon sehr interessant, dass die SP/AL-Fraktion ein Blocher-Denkmal sanieren und dafür so viel Geld ausgeben möchte. Ich finde es ausserdem interessant, dass der Kanton das Objekt ebenfalls nicht kaufen möchte; das müsste uns doch stutzig machen. Wenn wir als Stadt (oder als Steuerzahler) die Kantons- und die Stadtsteuer haben und eine der Gebietskörperschaften sagt, für sie käme die Liegenschaft nicht in Frage, warum findet dann die Stadt, es wäre ein gutes Geschäft? Was mich ebenfalls irritiert, ist, dass wir jetzt eine Vorlage mit dem Verkauf von Baurechtsgrundstücken vorliegen haben, und bei der erstbesten Gelegenheit schiessen wir bereits in die Gegenrichtung. Von mir aus gesehen, ist die Liegenschaft Marienstift für die Stadt nicht wichtig und stellt kein strategisch wichtiges Objekt dar. Wir haben heute Abend gehört, dass die Vorgaben betreffend Heimatschutz und Denkmalpflege gewährleistet sind. Von mir aus gesehen muss dieses Objekt auf den Markt.“

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 22. Februar 2011, Seiten 1-7 mit Anhang I und II, den Bericht und Antrag der GPK vom 7. Juli 2011, Seite 1 und 2 sowie den Minderheitsantrag der GPK vom 7. Juli 2011 wie folgt:

ANTRÄGE:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 22. Februar 2011 betreffend Liegenschaft Marienstift, GB Nr. 714, Mühlenstrasse 87, 8200 Schaffhausen, und den Anträgen der GPK vom 7. Juli

2011. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Anmerkung der Ratssekretärin:

Aufgrund des Abstimmungsresultats von Antrag 2 (gemäss Minderheitsantrag der GPK vom 7. Juli 2011) ändert sich der Wortlaut von Antrag 1 wie folgt:

1. *Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 22. Februar 2011 betreffend Verkauf oder Sanierung Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87, vom Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 7. Juli 2011 sowie vom Minderheitsantrag der Geschäftsprüfungskommission vom 7. Juli 2011.*
2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf der Liegenschaft Marienstift, GB Nr. 714, Mühlenstrasse 87, Schaffhausen, unter folgenden Bedingungen zu:

2.1 Ausschreibungsverfahren

Öffentliche Ausschreibung der Liegenschaft Marienstift GB Nr. 714, Mühlenstrasse 87, Schaffhausen

2.2 Verkauf

Zielvorgabe Verkaufspreis: CHF 1'500'000.--.

Abschliessender Entscheid über den Verkauf durch den Stadtrat.

Peter Möller (SP):

Stellt, wie in der Eintretensdebatte angekündigt, folgenden Gegenantrag gemäss Ziffer 2 des Minderheitsantrages der GPK vom 7. Juli 2011:

2. *Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Sanierungskredit in der Höhe von CHF 960'000.--, davon CHF 472'000.-- nicht gebundene Ausgaben, und beauftragt das städtische Hochbauamt mit der Ausführung der Arbeiten. Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass innerhalb eines halben Jahres nach dem Beschluss des Grossen Stadtrats ein Mieter zu den in der Vorlage genannten Bedingungen gefunden werden kann.*

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von Peter Möller (SP) gestellten Antrag mit 16:12 Stimmen gut.

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest anschliessend die Anträge 3 und 4 des Minderheitsantrages der GPK vom 7. Juli 2011 wie folgt:

3. *Der Grosse Stadtrat ermächtigt den Stadtrat, die Liegenschaft Marienstift zu einem Preis von mindestens CHF 1'500'000.-- zu verkaufen, sofern innerhalb eines halben Jahres nach dem Beschluss des Grossen Stadtrats kein Mietverhältnis abgeschlossen werden kann. Der Verkauf steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Stimmberechtigten der Stadt Schaffhausen. Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. *Die nicht gebundenen Ausgaben gemäss Ziffer 2 dieses Beschlusses werden nach Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Hermann Schlatter (SVP):

”Sie haben heute Abend gehört, dass es das Geburtshaus von Altbundesrat Dr. Christoph Blocher ist, weshalb ich Ihnen als weiteren Antrag beantrage, dass die Stadt im Falle einer Eigensanierung eine Gedenktafel ”Geburtshaus von Dr. Christoph Blocher, Altbundesrat” anbringen lässt.“

Peter Möller (SP):

”Es freut mich natürlich, dass sich nun doch auch die SVP für Kunst am Bau stark macht, was normalerweise von ihr eher bestritten wird. Meiner Ansicht nach ist der Antrag etwas künstlich, weil es sich eigentlich nur um die Gebärdensprachklinik handelt. Wenn wir nun bei jeder Klinik wirklich alle halbwegs und wirklich wichtigen Personen (ich möchte niemandem zu nahe treten) aufführen, finden wir kein Ende. Erst müsste wohl noch abgeklärt werden, wer sonst noch in dieser Gebärdensprachklinik geboren wurde. Vielleicht müsste man noch Walther Bringolf aufnehmen. Die beiden Namen würden wirklich gut nebeneinander aussehen. Ich bitte Sie um Ablehnung dieses Antrags.“

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Hermann Schlatter (SVP) gestellten Antrag mit 16:6 Stimmen ab.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrats vom 22. Februar 2011, dem Bericht und Antrag der GPK vom 7. Juli 2011 sowie dem Minderheitsantrag der GPK vom 7. Juli 2011 mit 17 : 11 Stimmen zu.

Das Geschäft ist erledigt.**Traktandum 3 Interpellation Till Hardmeier: Haben wir die richtigen Leute im Baureferat?****Till Hardmeier (JFSH)****Begründung**

”Ziel der Interpellation ist eine Diskussion darüber zu führen, was nicht gut läuft und wie man das Problem lösen kann. Der Rat ist nicht das ideale Gremium hierfür. Nach der heutigen Diskussion müssen wir uns detailliert das weitere Vorgehen überlegen. Da aber weder das Baureferat, noch der Stadtrat in der Lage zu sein scheinen, die Probleme zu lösen, braucht es jetzt eine politische Debatte. Die Bevölkerung von Schaffhausen erwartet von uns nämlich, dass wir als Gesamtgremium die Probleme lösen. Die Schaffhauserinnen und Schaffhauser erwarten zu Recht, dass das Baureferat die Regeln und Gesetze einhält, ein professioneller Ansprechpartner ist, Bauen kontrolliert, aber auch fördert und begleitet, sorgfältig arbeitet und keine Steuergelder verschwendet. Wir Parlamentarier können nicht sagen: Das geht uns nichts an - denn nur ein starkes Baureferat bringt die Stadt weiter.“

Es ist ein delikates Thema, ich werde keine Namen nennen, ausser, wenn diese schon bekannt sind. Es geht hier überhaupt nicht darum, Leute vorzuführen oder fertig zu machen, sondern es geht darum, den Finger auf wunde Punkte zu halten und Verbesserungen anzustossen. Wir wissen, dass sich die meisten Leute im Baureferat viel Mühe geben. Das scheint aber noch nicht auszureichen, wir müssen jetzt eingreifen und unterstützen. Es gibt eine lange Liste von Problemen im Baureferat, die seit dem Einreichen des Vorstosses weiter gewachsen ist.

Es gab beispielsweise einen Gerichtsentscheid, wo eine Zahlung von CHF 30'000.-- wegen unsauberer Kündigung für das Projekt Stadthausgeviert gesprochen wurde. Beim Thema Hemmental, Landkauf in ZÖBAG Zone, haben wir gehört, dass CHF 95'000.-- „in den Sand“ gesetzt wurden. Es gab darüber auch eine rege Debatte in der SN. Interessant erscheint mir, dass der Leserbriefschreiber, Herr Casu, anscheinend an der gleichen Adresse wie ein bekannter Mitarbeiter des Baureferats wohnt. Es gab einen Zwist im Planungsbüro, ein Mediator musste eingesetzt werden; aber der Zwist ist anscheinend nur teilweise gelöst. Betreffend Wasserquelle: Ein Investor mit einem höheren Angebot als der Verkaufspreis wurde vergrault und hat deshalb sein Angebot zurückgezogen.

Gebäude, wie das Restaurant Emmersberg, sind ungenutzt, und wir haben keine Einnahmen daraus. Anscheinend war das Inserat monatelang bereit und jetzt, auf Ende Sommer, versucht man, noch jemanden zu finden. Dabei haben sich Interessenten beschwert, dass sie „von oben herab“ behandelt wurden. Wir haben im Grossen Stadtrat CHF 600'000.-- Anschubfinanzierung für das Handballtrainingszentrum bewilligt, und es stellt sich die Frage: Kommt da je ein Franken an die Stadt zurück? Anwohner wurden nicht über Bauarbeiten informiert. Eine Strasse vor Garagen wurde aufgerissen und diese waren eine Zeitlang nicht benutzbar.

Ich habe zahlreiche Reaktionen auf die Interpellation erhalten: Wichtige Investoren und Architekten haben mir Geschichten erzählt und ihr Leid geklagt, Bürger haben mir Briefe geschickt und angerufen. Ich war überrascht über die zahlreichen und teilweise heftigen Reaktionen. Diese Personen wollen sich verständlicherweise nicht öffentlich äussern und sind froh, dass ich die Diskussion angestossen habe. Sie erwarten eine klare Verbesserung der Situation.

Ein weiteres Beispiel, das mir genannt wurde, betrifft eine Häuserzeile mit ehemaligen Arbeiterhäusern mit Quartierschutzrichtlinien. Ein Architekt wollte die Dachgauben verändern, was ihm verwehrt wurde. Interessanterweise durften analoge Bauvorhaben an baugleichen Nachbarhäusern aber umgesetzt werden, in einem Fall war die Gaube sogar erheblich grösser als in der Baubewilligung. Das hat nie jemand kontrolliert. Es herrscht also Willkür in diesem Bereich.

Investoren haben mir gesagt, dass der Umgangston schlecht sei, mangelndes Fachwissen werde mit Überheblichkeit kaschiert. Die Zusammenarbeit sei manchmal so schwierig, dass ein Investor einen Anwalt beiziehen musste. Anstatt Bauprojekte und eine konstruktive Zusammenarbeit zu fördern, wird gebremst und juristisch gestritten. Verschiedene Einwohner unserer Stadt haben mir gesagt, dass der Umgangston im Baureferat unmöglich sei, man werde bisweilen „von oben herab“ behandelt, es finde zudem keine konstruktive Suche nach Lösungen statt.

Des Weiteren ist das mangelnde Qualitätsbewusstsein ein Thema, beispielsweise das Schreiben zu „SF bi dä Lüt“ vom Baureferat an die Anwohner vom Fronwagplatz, es hätte wohl von einem Erstklässler mit weniger Fehler geschrieben werden können. Es kann nicht sein, dass die GPK als Kontrollgremium im operativen Betrieb der Stadt Grundbucheinträge vorprüfen muss, weil sonst fehlerhafte Einträge gemacht werden. Sauberes Arbeiten kann wohl von einem solchen Referat erwartet werden. Auch aus dem Rat gab es verschiedene Stimmen, dass diverse Antworten aus dem Baureferat längst überfällig sind: Zum Beispiel wollte Ernst Spengler anlässlich der Rechnungsdebatte 2010 (Anmerkung der Ratssekretärin: siehe Ratsprotokoll Nr. 8 vom 21. Juni 2010, Seite 218/219) wissen, warum die CHF

70'000.-- Lohnkosten, die vom Bausekretariat in die Stadtkanzlei geschoben wurden, dort aber zu CHF 150'000.-- wurden. Eine Antwort darauf ist bisher nicht erfolgt. Der Tenor der Leute ist unisono: So kann es nicht weitergehen. Eigentlich dürfte man auch vom Stadtpräsidenten erwarten, dass er bei Problemen in einem Referat einschreitet. Da hat man aber erstaunlich wenig gehört oder gesehen. Auch der Personaldienst hätte schon lange massiv unterstützen müssen, wenn etwas so schief läuft. Mein Eindruck ist, dass die Baustellen im Baureferat zahlreich sind. Es werden zu viele Projekte parallel gestellt und die Priorisierung ist mangelhaft, beispielsweise ist die Parkplatzverordnung im Vergleich zum Schulhaus Breite völlig unwichtig. Das ist ein reines Führungsproblem. Mit teuren externen Studien versucht man, Risiken auszulagern und fehlendes Fachwissen einzukaufen, das man natürlich nicht hat. Das Personal wurde zwar aufgestockt, aber die Qualität der Leistungen ist gesunken. Hier frage ich mich, ob die falschen Personen eingestellt wurden.

Es passieren zu viele Fehler, die jedes Mal viel Geld kosten. Es gibt in gewissen Bereichen keine funktionierende Qualitätskontrolle. Hier weiss ich nicht, ob es ein Führungsproblem ist oder ob die falschen Personen rekrutiert wurden. Auch die Kommunikation ist teilweise dürftig, in Sachen private Geschäftstätigkeit von Herrn Düring hat man nie mehr etwas gehört. Bei KSS und Künzle-Heim wartet die Bevölkerung auch auf eine Aufklärung - das ist meines Erachtens ein Führungsproblem. Bezüglich Umgangston und Überheblichkeit stellt sich ebenfalls die Frage, ob allenfalls die falschen Personen eingestellt wurden oder ob diese geschult werden müssen.

Ich bin nun gespannt, was der SR zu meinen Fragen in der Interpellation sagt. Es geht mir darum, ein paar Ecken auszuleuchten und besser verstehen zu können, was wirklich das Problem ist. Danach müssen wir über das „Wie weiter?“ sprechen, damit dieses wichtige Referat wieder funktioniert. Ich bitte auch die Ratslinke, nicht einfach ihren Stadtrat zu schützen, sondern konstruktiv mitzudiskutieren. Wir müssen gemeinsam eine Lösung erarbeiten, damit das Baureferat wieder funktioniert. Das Baureferat ist zu wichtig für politische Spielchen. “

SR Peter Kämpfer

Begründung

”Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, auf die von Till Hardmeier (JFSH) aufgeworfenen Feststellungen und Fragen zu antworten. Gestatten Sie mir dazu ein paar Vorbemerkungen: Das Personal bei der Stadt und im Baureferat sorgt mit hoher Motivation dafür, dass die Infrastruktur unserer Stadt gut funktioniert. Für diese grosse Leistung danke ich allen Mitarbeitenden herzlich. Wie Herr Hardmeier in seinem Text feststellt, liegt die Personalpolitik für die Verwaltung in der Verantwortung der jeweiligen Referenten und beim Gesamtstadtrat gemäss Art. 8 des Personalgesetzes (Anstellungsbehörde ist der Stadtrat). Darum erfolgt die Beantwortung der Interpellation aus dieser Warte, und ich bitte Sie um Verständnis, dass wir keine Informationen weitergeben, die Persönlichkeitsrechte verletzen könnten.

Die öffentliche Verwaltung steht im Blickfeld der Öffentlichkeit und der Spagat zwischen den Bedürfnissen und Ansprüchen der Kundinnen und Kunden und den vorhandenen Möglichkeiten ist oft gross - doch dies gehört zum Alltag. Selbstverständlich ist diese Arbeit nicht immer fehlerfrei, und wir sind deshalb offen für Inputs und Kritik, nehmen diese gerne auf, um Abläufe zu verbessern und unsere Dienstleistungen effizienter zu erbringen. Undifferenzierte Vorwürfe können das Personal aber auch demotivieren. Ich möchte Sie deshalb darauf hinweisen, dass die

Mitarbeitenden, auch wenn der Beamtenstatus abgeschafft wurde, Anspruch auf ihre Rechte haben, wie zum Beispiel den Persönlichkeitsschutz und darin enthalten die Wahrung der persönlichen Integrität (Art. 18 Personalgesetz).

Den Grund für seine Anfrage gibt Till Hardmeier darin an, dass sich die Probleme im Baureferat häuften. Es geht nicht darum in Abrede zu stellen, dass es auch beim Bauen hin und wieder Schwierigkeiten geben kann. Unsere Aufgabe ist es deshalb, auftauchende Probleme anzugehen und Lösungen für die Zukunft und die weitere Entwicklung unserer Stadt zu finden. Wir müssen also primär dafür sorgen, dass unsere Stadt funktioniert, was eine anspruchsvolle, aber faszinierende Aufgabe ist.

Ich komme zur Beantwortung der Fragen. Namens des Stadtrates beantworte ich die umfangreiche Interpellation sachlich, auch dort, wo Problemliste und Fragen aus Sicht des Stadtrates unsachlich, polemisch oder als Unterstellungen formuliert sind.

Zur Frage 1 und 2, deren Beantwortung ich wie folgt zusammenfasse:

1. Was für relevante Ausbildungen und Berufserfahrungen haben die Mitarbeiter in diesen Bereichen?

2. Nach welchen Kriterien wurden diese Mitarbeiter eingestellt? Wie wurde beurteilt, ob diese das Pflichtenheft erfüllen?

Die Stadt allgemein und das Bauwesen im Besonderen stellen hohe Anforderungen an die Mitarbeitenden, vor allem an die Kaderleute. Dementsprechend gelten heute bei Einstellungen und Beförderungen hohe Massstäbe. Das Führungsteam im Baureferat ist überdurchschnittlich gut qualifiziert. Die Einstellungen erfolgen in enger Zusammenarbeit mit dem Personaldienst mit den Mitteln und Methoden moderner Human Resources-Praxis. Bewerber für Kaderstellen werden Assessments unterzogen. Für jede Stelle gibt es ein klar definiertes Pflichtenheft, das Bestandteil der Stellenausschreibung und des Einstellungsverfahrens ist. Zudem ergibt sich aus dem Pflichtenheft auch die Einstufung ins Lohnband. Wichtig für Sie zu wissen ist auch, dass bei allen Fluktuationen die Organisation überprüft und wenn möglich optimiert wird. So konnte im Baureferat schon auf verschiedene Stellen, inklusive Kaderstellen verzichtet werden.

3. Wie führt SR Kämpfer und kontrolliert die Arbeit seiner Unterstellten, beziehungsweise stellt die Qualität seines Bereiches sicher?

Alle Mitarbeitenden der Stadt werden von den Referenten und den Vorgesetzten mit kontrollierbaren Zielen und nach Methoden des Projektmanagements geführt. Dazu kommen regelmässig Teamsitzungen, Workshops und Einzelgespräche.

4. Wie funktioniert die Arbeit mit dem Personaldienst in Bezug auf Personalselektion und Problemmanagement?

Diese funktioniert sehr gut, und wir sind froh, dass wir auf die professionellen Leistungen des Personaldienstes abstellen können. Alle Mitarbeiterinnen des Personaldienstes verfügen über mindestens eine qualifizierte Weiterbildung im Human Resources-Bereich.

5. Warum müssen immer wieder Studien/Gutachten teuer eingekauft werden, die selber erstellt werden können (allenfalls mit wenigen Stunden externer Hilfe)?

Das Baureferat kauft keine Studien ein, die selber erstellt werden könnten. Hingegen ist die Verwaltung immer wieder auf das Know-how von Spezialisten angewiesen, wie dies zum Beispiel bei der marktkonformen Ausrichtung der Restaurants der Fall war. Dieses Fachwissen wird sinnvollerweise extern eingeholt. Gerade dieses

Beispiel zeigt, dass es für die Stadt teuer ist, wenn notwendiges Fachwissen zu spät eingeholt wird, wie es die Geschichte der Restaurants zeigt.

6. Warum kann SR Kämpfer zum Beispiel eine Buszeitung oder "Informationstafeln" für Abstimmungen produzieren, obwohl er gleichzeitig am 25. Januar 2011 im Rat sagte, die Stadt habe keine Kommunikationsspezialisten?

Meine Aussage im Rat gilt nach wie vor. Zwar verfügen die Verkehrsbetriebe und die Städtischen Werke als marktorientierte Unternehmen über eigene Marketingbudgets. Darüber hinaus verfügt die Stadt jedoch über keine spezialisierte, interne Kommunikationsstelle.

7. Was für Lücken hat es im Baureferat - welchen Anforderungen müssten die Leute genügen, haben aber die Erfahrung und Ausbildung dazu nicht (Vergleich IST-Situation mit SOLL-Situation)?

Zurzeit haben wir keine wesentlichen Lücken im Baureferat. Problematisch ist aber die hohe Arbeitsbelastung in den meisten Bereichen. Dies hängt nicht zuletzt mit der erfreulichen Konjunkturlage im Baugewerbe zusammen. Es ist nicht immer einfach, ohne Stellenaufstockung die steigende Nachfrage zu bewältigen. Dank Anpassungen in den einzelnen Abteilungen konnten wir Optimierungen vornehmen (Neupositionierung Stadtentwicklung, Zusammenfassung Ökologie und Lärmschutz in der Abteilung Energie und Umwelt, Neukonzeption Unterhalt-Hochbauten und Facility Management, Zusammenarbeit mit dem Kanton in den Bereichen Denkmalpflege, Langsamverkehr, Lärmschutz und Werkstätten Tiefbau).

8. Warum kam es zu den beiden Kündigungen (in lit. h angesprochen)? Wie können solche Fälle und weitere erfolgte Kündigungen in Zukunft verhindert werden?

Über die Gründe von Kündigungen kann generell nicht debattiert werden. Die Fluktuationen sind bei der Stadt und beim Baureferat weit unterdurchschnittlich. Problematisch ist aber die Lohnsituation, vor allem bei den Kaderstellen im Vergleich zu umliegenden Städten und vor allem zur Privatwirtschaft und oft auch, dass es für junge Menschen nicht genug Entwicklungspotential in der städtischen Verwaltung gibt. Dass sie jedoch extern begehrt sind, zeigt indes, dass die Qualität der Ausbildungen bei der Stadt sehr gut ist.

9. Wie gedenkt der Stadtrat mit den angesprochenen Themen umzugehen und die Situation wieder in den Griff zu bekommen?

Der Stadtrat als gemeinsames Führungsgremium diskutiert übergreifende Probleme jeweils im Stadtrat und unterstützt sich gegenseitig im Erfahrungsaustausch. Linienvorgesetzte bleiben jedoch die zuständigen Referenten. Regelmässig werden ausserdem der Stand der Legislaturziele und der Stand der Arbeiten in den verschiedenen Referaten überprüft.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und kann Ihnen versichern, dass alle Mitarbeitenden des Baureferates - wie alle ihre Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung - jeden Tag mit grossem Einsatz für die Stadt tätig sind. Dies auch, wenn sie am Sonntagmorgen den Abfall des Ausgehpublikums wegräumen, wenn sie bei jedem Wetter Strassen reparieren, wenn Sie der Buschauffeur während 18 Stunden täglich bis fast vor die Haustüre fährt, wenn Sie bei Bauprojekten beraten werden, wenn die von Vandalen zerstörten Spielplätze im Wald geflickt werden, der Rasen für die Fussballer geschnitten wird, die Bühne für die Aufführung im St. Johann aufgebaut und aus Abwasser Gebrauchswasser gemacht wird, wenn unsere Stadt mit neuen Blumen geschmückt oder dafür gesorgt wird, dass die Abluft der Heizungen sauber ist.

Ich kann Ihnen versichern, dass die Mitarbeitenden der Stadt und des Baureferates dies gerne tun und natürlich auch für Tipps und konstruktive Kritik offen sind. Mit der Baufachkommission steht uns ein Gremium zur Verfügung, in welchem auch Themen diskutiert werden können, die nicht im öffentlichen Rahmen besprochen werden sollen. Für diese Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung. Ich freue mich deshalb auf eine gute Diskussion unter diesen Vorzeichen. “

Josef Eugster (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Dass im Baureferat vieles in Schieflage ist und einiges nicht gut läuft, ist seit längerer Zeit bekannt. Auch wurden einige Fehler gemacht, die für die Stadt finanzielle Konsequenzen zur Folge hatten. Unbestritten ist jedoch, dass im Baureferat sehr viel läuft und viele Projekte anstehen, die nach meiner Meinung nur bedingt, wenn überhaupt umsetzbar sind. Ob dafür die richtigen Mitarbeiter im Baureferat sind, ist Sache des Stadtrates und nicht des Parlamentes. Handlungsbedarf ist jedoch unbestritten.

Meine Empfehlung an den Stadtrat wäre:

- in erster Priorität sämtliche Pendenzen und anstehende Projekte auflisten,
- Dringlichkeiten setzen,
- verbindliche Termine festlegen,
- personelle Ressourcen überprüfen.

Dabei könnte auch festgestellt werden, ob die richtigen Leute für die entsprechenden Aufgaben vorhanden sind oder nicht. Es könnte auch geprüft werden, welche Aufträge sinnvoll ausgelagert werden können. Damit bestünde die Möglichkeit, die negative Stimmung gegenüber dem Baureferat markant zu verbessern. Ich bin der Meinung, dass das Baureferat ein „Vorzeige-Referat“ sein müsste, da doch vieles davon abhängig ist, wie sich die Stadt weiter entwickeln wird. Was noch anzufügen ist: „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“.

Simon Stocker (AL)

Votum

”Ich komme mir vor wie im falschen Film. Zu wem reden Sie eigentlich?

Als Peter Kämpfer 2005 sein Amt als Baureferent antrat, lag vor ihm ein Berg von Aufgaben: Zum einen eine völlig vernachlässigte Infrastruktur mit fehlenden Freizeit- und Schulanlagen, die neben den massiven Steuersenkungen der letzten Jahre offenbar keinen Platz im Budget fanden, und zum anderen mehrere Bauvorhaben - wie das Projekt Bleiche und Mühlental - welche die Stadtentwicklung nachhaltig verändern sollten. Jahrelang wurde es versäumt, in Infrastrukturvorhaben zu investieren, um damit die Lebensqualität und die Standortvorteile der Stadt zu verbessern. Peter Kämpfer gelang es jedoch, die längst nötigen Vorhaben aufzugleisen und die Stadt in Sachen Stadtentwicklung einen grossen Schritt vorwärts zu bringen.

Peter Kämpfer zeigt Gestaltungswillen und Mut, auch grosse Vorhaben unter der Beteiligung der Bevölkerung aufzugleisen; Zukunftswerkstatt Breite, PASS oder die Rheinufergestaltung sind Beispiele dafür. Wo andere Stadträte und Stadträtinnen sich durch Zurückhaltung auszeichnen, hat er die Zügel in die Hand genommen. Ja, und wo gehobelt wird, da fallen Späne. Schwierige personelle Situationen im

Baureferat und nicht immer einfache Verhandlungen mit privaten Investoren haben Peter Käppler gefordert. Auch hier hat er gezeigt, dass er in einem schwierigen Umfeld Herr der Lage ist. Wo Kritik aufkam, hat er sich dieser gestellt - sei es in den Medien, in Kommissionen, hier im Rat oder im persönlichen Gespräch, wo er sich jeweils als guter Zuhörer erweist. Die in der Interpellation aufgeführten Vorwürfe sind deshalb haltlos und nichts anderes als billige Propaganda.

Im Rahmen der Erstellung meiner Stellungnahme zur Interpellation Hardmeier ist mir eine ganz grundsätzliche Frage aufgetaucht, nämlich: Was macht eigentlich einen guten Politiker aus? Der Tages Anzeiger-Journalist Jean-Martin Büttner hat ihn mit folgenden drei Eigenschaften beschrieben:

1. Sie können reden. Sie verwenden eine schöne, einfache Sprache, die jeder versteht und sogar, wenn sie ihren politischen Gegner angreifen, tun sie dies mit Witz und dem nötigen Respekt.
2. Sie teilen aus. Politik ist keine Therapieform, Parlamente und Regierungen sind keine Streichelzoos. Wer die Interessen seiner Wählerinnen und Wähler richtig vertritt, muss deutlich werden, manchmal heftig, ja sogar laut. Wenn Sie souverän sind, spielen Sie jedoch nie auf den Mann oder die Frau. Hartnäckigkeit und Fairness schliessen sich nicht aus.
3. Sie haben Humor, ja sogar Selbstironie. Sie nehmen die Sache ernst, aber sich selber auch manchmal nicht so.

Meines Erachtens sind es genau diese Eigenschaften, die den politischen Gegnern von Peter Käppler fehlen. Mir persönlich gefällt die dritte Eigenschaft am meisten. Ich bin mir bewusst, dass es sich bei der Interpellation kaum um einen ernst zu nehmenden Vorstoss handeln kann, sondern nur um ein politisches Mätzchen, wofür bei mir nicht einmal ein Lachen, sondern nur ein müdes Lächeln übrig bleibt. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Es stimmt natürlich, dass die Begründung einer Interpellation mit solchen Fragen auch für den Interpellanten schwierig ist, gleichzeitig ist es auch für den Angesprochenen schwierig zu antworten. SR Peter Käppler hat sicher sehr gut geantwortet, trotzdem blieben einige Fragen offen. Das ist genau das, was in der Öffentlichkeit diskutiert und bemängelt wird. Sie haben einen externen Berater (Herrn Schickli) beigezogen, und ich glaube, dass das kein Geheimnis ist. Warum also nicht offen darüber kommunizieren? Auch heute hätten Sie das erwähnen können. Bei der Expertenanalyse betreffend städtische Restaurants haben Sie die Details unter Verschluss gehalten. Und genau dann passiert es, dass sich der Bürger fragt, was hier los ist und warum alles so geheim sein soll. Auch beim Künzle-Heim müsste darüber informiert werden, was zurzeit läuft. Ebenso haben Sie bereits eine Reklamation zur Vorlage Verkauf der Baurechtsgrundstücke im Haus. Es läuft einiges nicht so gut wie Sie es immer darstellen. Ich glaube, wenn Sie offen kommunizieren würden, wäre vieles, auch beim Bürger, verständlicher. “

Till Hardmeier (JFSH)

Schlusswort

”Ich bedanke mich für die Diskussion, bin aber nicht wirklich zufrieden. Zu den Themen Ausbildung und Berufserfahrung habe ich nichts gehört; gerade dieser Bereich beschäftigt aber die Leute in der Stadt. Auch bei anderen Punkten blieb die Beantwortung oberflächlich. Es ist schade, dass keine offene Diskussion über die Hintergründe gewisser Schieflagen geführt werden konnte und vor allem auch keine

Massnahmen aufgeführt wurden, um in Zukunft solche Vorkommnisse zu vermeiden. Will man jetzt einfach weiterfahren wie bisher?

Ich möchte an dieser Stelle den Antrag stellen, dass der Stadtrat zu beauftragen ist, die Probleme entsprechend anzugehen, und zwar mit detaillierten und vertieften Diskussionen zu Personalproblemen oder Personen, aber mit dem entsprechenden Diskretionshintergrund. Zum Schluss möchte ich einen Bericht dieser Kommission sehen, der über die besprochenen Themenkreise und Massnahmen Auskunft gibt. Das wäre meiner Ansicht nach die richtige Richtung. Es fragt sich, was für eine Kommission dies sein soll. Die Möglichkeit einer PUK gibt es nach der geltenden Stadtverfassung noch nicht. Eine juristische Abklärung hat ergeben, dass eine Spezialkommission einberufen werden könnte, sofern dies gewünscht wird. Allenfalls müsste die Thematik der GPK oder der Fachkommission Bau zugewiesen werden. Schön wäre es, wenn ein anderer Personenkreis als in der GPK oder der FK Bau Einsitz nimmt, um Zusatzmeinungen einholen zu können. “

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, möchte das Traktandum an dieser Stelle schliessen, da der gestellte Antrag zurzeit nicht relevant sei. Es gibt keine Möglichkeit, direkt im Rat einen Antrag auf Bildung einer Kommission zu stellen. Der Weg über einen politischen Vorstoss ist jedoch offen, der Antrag kann dann als Wunsch dem Rat übergeben werden. Allenfalls kann das Thema eines weiteren politischen Weges auch in der Fachkommission Bau diskutiert werden.

Der **Ratspräsident** schliesst mit diesen Ausführungen das Traktandum und kommt zum nächsten auf der Traktandenliste stehenden Geschäft.

Traktandum 4 Interpellation Walter Hotz: Zielorientierung und Visionen bei den Jahresgesprächen

Walter Hotz (FDP)

Begründung

”In Artikel 63 unserer Geschäftsordnung vom 09. Dezember 2008 heisst es:

Art. 63 Jahresgespräch

¹ Die im Grossen Stadtrat vertretenen Parteien und der Stadtrat führen jeweils im ersten Quartal jedes Jahres ein Gespräch über strategische, lang- und mittelfristige Entwicklungen sowie über die Jahresplanung.

² Die Vorbereitungen für das Jahresgespräch erfolgen in Absprache mit dem Stadtpräsidenten durch die Stadtverwaltung.

Einige Ratsmitglieder haben noch nie an einem Jahresgespräch teilgenommen. Ich selber war an den letzten zwei anwesend, und zwar im Jahr 2010 und 2011. Schon im Jahr 2010 war es mir schleierhaft, welche Zielführung der Stadtpräsident bei diesem Jahresgespräch verfolgte. Der damalige Slogan lautete: „Willkommen an Bord“, was mich sehr irritierte. Nimmt der Stadtrat uns mit auf eine Kreuzfahrt? Ich notierte mir auf den abgegebenen Papieren „Wahlpropaganda von SR Urs Hunziker im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 7. März 2010 zum Thema geleitete Schulen“. Ich fragte mich schon damals, welches sind die strategischen lang- und mittelfristigen Entwicklungen der Stadtführung.

Erlauben Sie mir aus dem Protokoll von unserer Ratssitzung vom 9. Dezember 2008, als wir die Vorlage „Parlamentsreform“ behandelten, zu zitieren. Ich zitiere den Sprecher der FDP, und es war ein ausgezeichnetes Votum, das möchte ich gleich

einleitend festhalten:

"Die Jahresgespräche zwischen Stadtrat und Grosse Stadtrat – jährlich stattfindend und Legislaturziele wie auch Strategiefragen beinhaltend – sollten für den Stadtrat und das Parlament Grundlage für eine bessere, in ihrer politischen Dimension absehbarere und präzisere Planung politischer Schwerpunktgeschäfte und Vorgehensweisen werden und damit die Handlungsfähigkeit in einer Zeit, die auch im politischen Geschäft vermehrt Verlässlichkeit und gleichzeitig rascheres Agieren oder Reagieren verlangt, deutlich erhöhen. Sie sollten – so hoffen wir es wenigstens – auch Grundlage für eine konstruktivere, vermehrt auf das Sachgeschäft ausgerichtete Arbeit bei der Behandlung der Vorlagen im Parlament sein. Dies setzt natürlich voraus, dass auch seitens des Stadtrates ein feines Sensorium in Bezug auf die Frage des politisch Machbaren und Mehrheitsfähigen besteht und die Ergebnisse dieser Jahresgespräche tatsächlich ihren Niederschlag und Ausdruck in seinen Vorlagen finden. Wir sind zuversichtlich, dass dies gelingen wird. "

Ich kann diese Erklärung des FDP-Sprechers von damals voll und ganz nachvollziehen und habe auch heute keinen Einwand dazu. Nun ist es aber so, dass solche Zielsetzungen, wie wir sie mit Artikel 63 in unserer Geschäftsordnung festgelegt haben, mit der Fähigkeit der federführenden Persönlichkeit stehen und fallen, und auch damit, was diese Person unter strategischen lang- und mittelfristigen Entwicklungen und Jahresplanungen in einer staatlichen Verwaltung versteht.

Wenn ich das diesjährige Jahresgespräch Revue passieren lasse, und dies war auch der Grund für meine Interpellation, ist vom eigentlichen Auftrag, so wie er im Artikel 63 festgeschrieben ist, vollständig abgewichen worden. Anstatt die Ziele und strategischen Initiativen des Stadtrates darzulegen, um zu zeigen, wie sich die zukünftige Ausrichtung der Stadt positiv von der aktuellen Situation unterscheidet, verlegte der Moderator das Augenmerk auf politische Abrechnungen gegen die Opposition und gegen ein einzelnes Ratsmitglied, das sich öffentlich mit einem Artikel kritisch geäußert hatte. Zum Beispiel Fragen zu einem auswärtigen Projektverantwortlichen wurden schnippisch beantwortet. Gerade externe Experten stehen aber ausserhalb des Stellenplans und weitgehend ausserhalb der parlamentarischen Kontrolle, welche für die Erfüllung der grossstadträtlichen Aufsichtspflicht notwendigen Transparenz und auch im Interesse der Entwicklung der Stadt steht. Es wurde langatmig über die Arbeit der Stiftung Impuls referiert. Es zweifelt doch niemand an der Arbeit der Stiftung. Aber uns muss doch interessieren, was der Stadtrat unternimmt, damit so wenig Menschen wie möglich die Arbeit in dieser Stiftung aufnehmen müssen. Die Art und Weise, wie die einzelnen Referenten ihre Arbeit präsentiert haben, war unsystematisch und voll mit Selbstlob verpackt. Und zu guter Letzt wurde nicht einmal die Traktandenliste durchgearbeitet.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Frau Stadträtin und Herren Stadträte, ich kann mir wirklich nicht vorstellen, dass die vergangenen Jahresgespräche Sie alle befriedigt haben.

Deshalb stelle ich Ihnen die Frage, ob Sie bereit sind, Ihre bisherige Information und vor allem Präsentation der Jahresgespräche neu zu überdenken und diese zukünftig in einem anderen Rahmen, ausgerichtet auf den Artikel 63 unserer Geschäftsordnung, zu führen. Wichtig erscheint mir auch, abzuklären, ob nicht alle Mitglieder des Grossen Stadtrates und somit die Öffentlichkeit zu den Jahresgesprächen eingeladen werden sollten, treu Ihrem selbst verfassten Leitbild des offenen und direkten Dialog mit Parlament und Bürger. Ich bin auf Ihre

Stellungnahme gespannt und danke Ihnen im Voraus. “

SR Thomas Feurer**Stellungnahme Stadtpräsident**

”Dass Walter Hotz nicht mit mir auf eine Kreuzfahrt gehen möchte, kann ich gut verstehen; wir würden uns sehr wahrscheinlich nicht einmal über das Ziel einigen. Er muss uns jedoch zugestehen, dass nicht nur er, sondern auch wir Ziele haben, die sich zwar hin und wieder, vielleicht sogar meistens, von seinen unterscheiden. Das liegt in der Natur einer politischen Auseinandersetzung. Es hat aber nicht damit zu tun, dass wir überhaupt keine Ziele haben. Mir gegenüber hat kein anderer Passagier auf dem Schiff des Jahresgesprächs solche Feedbacks geäußert, wie sie von Walter Hotz abgegeben wurden.

Nach der Geschäftsordnung des GrSR entsprechen die Jahresgespräche *Ihren* damals im Rahmen der Geschäftsordnung eingeführten Jahresgesprächen. Sie dienen den im Grossen Stadtrat vertretenen Parteien und dem Stadtrat, dem Gespräch über die strategischen, lang- und mittelfristigen Entwicklungen sowie über die Jahresplanung. Bisher wurden drei Jahresgespräche durchgeführt, an denen erste Erfahrungen mit diesem neuen Instrument gesammelt werden konnten. Damit besteht auch eine Basis für eine erste Evaluation. Sie könnte auch die Grundlage für Anpassungen bieten - dazu sind wir gerne offen - soweit diese sinnvoll erscheinen. In diesem Sinne nimmt der Stadtrat die Gelegenheit wahr, heute kurz auf den ganzen Fragenkomplex Jahresgespräch einzugehen.

Vorab halte ich fest, dass der Stadtrat - im Gegensatz zu Walter Hotz - die bisherigen Jahresgespräche als wertvolle Veranstaltungen erlebt hat, nicht zuletzt wegen der erhaltenen Inputs seitens der Parlamentarier. In einem ersten Teil der Veranstaltung haben die Stadtratsmitglieder einen Überblick über Ziele und Stand der wichtigsten Vorhaben gegeben. Im Gegensatz zu den Ausführungen von Walter Hotz, verlief dies durchaus systematisch, ausgehend von den sechs Themenbereichen des Leitbildes für die Stadt Schaffhausen. Zu jedem Themenbereich haben die Stadtratsmitglieder die wichtigsten bereits erreichten Ziele, die sich in Arbeit befindlichen sowie die noch offenen Projekte und Ziele dargelegt; dies im Sinn einer Kurzbilanz und eines Ausblicks auf den verbleibenden Teil der Legislaturperiode. Anschliessend folgte eine konzentrierte Berichterstattung über den Stand der Umsetzung der Systematisierten Leistungsanalyse SLA. Der dritte Teil der Veranstaltung bestand aus einer Frage- und Diskussionsrunde zu diesen beiden Themenkreisen, aber auch zu weiteren Anliegen seitens aller Gesprächsteilnehmenden aus Exekutive und Legislative.

Die Fragen von Grossstadtrat Walter Hotz kann ich in diesem Kontext wie folgt beantworten:

1. Ist der Stadtrat bereit, seine bisherige Information und Präsentation im Rahmen der Jahresgespräche einer Selbstdiagnose zu unterziehen?

Wenn unter Selbstdiagnose die kritische Beurteilung der bisherigen Erfahrungen und die kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung der Veranstaltung gemeint ist, stellt dies für den Stadtrat eine Selbstverständlichkeit dar. Dies gilt nicht nur für die Jahresgespräche, eine selbstkritische Betrachtungsweise der Arbeit des Stadtrats ist im Alltag eine Selbstverständlichkeit. Für Anregungen aus dem Kreis der Teilnehmenden ist er selbstverständlich offen.

2. Ist der Stadtrat bereit, die zukünftige Information und Präsentation der

Jahresgespräche in einem anderen Rahmen aufzuziehen, das heisst effektiver und effizienter und direkt auf die Vision einer erfolgreichen Stadt Schaffhausen ausgerichtet?

Der Rahmen der Veranstaltung ist nach Auffassung des Stadtrates angemessen und sinnvoll, sowohl was Teilnehmerkreis und Dauer betrifft. Der Stadtrat wird sich künftig aber noch stärker auf die für die Entwicklung der Stadt zentralsten Punkte konzentrieren, weil dies auch der Priorisierung der städtischen Entwicklungsvorhaben entspricht. Dazu gehört auch, dass wir in Zukunft vor allem aus finanziellen Gründen nicht alle Projekte umsetzen können, sondern uns dazu verpflichtet haben, diejenigen zu priorisieren, die dem Ziel des Bevölkerungswachstums in einem qualitativen Sinn zu generieren, dienen. Gleichzeitig soll dem interaktiven Teil am Schluss der Veranstaltung, also der Frage- und Diskussionsrunde mit den Parteienvertretern noch mehr Raum gegeben werden. Der Stadtrat möchte sich vermehrt offen mit Ihnen austauschen und die Anfangsrituale eher kürzen.

3. Glaubt der Stadtrat nicht auch, dass alle Mitglieder des Grossen Stadtrats und auch die Öffentlichkeit zu einem solchen Jahresgespräch eingeladen werden sollten? Dies ganz getreu dem Leitbild des Stadtrats, wonach die Stadt Schaffhausen offen informiert und den direkten Dialog mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern sucht.

Das Jahresgespräch wurde vom Grossen Stadtrat mit der neuen GO bewusst dazu eingeführt, um Parteien und Stadtrat Gelegenheit zu einem *informellen* Meinungs- und Informationsaustausch zu bieten. Ebenso bewusst wurde es nicht als parlamentarische Fragestunde oder als Sondersitzung ausgestaltet, sondern als Gespräch ausserhalb des formellen Rahmens einer Parlamentssitzung. Mit einer Ausdehnung des Teilnehmerkreises auf den gesamten Rat und insbesondere mit der Durchführung einer öffentlichen Sitzung würde das Gespräch diesen besonderen Charakter verlieren. Aus der bisherigen Erfahrung hat der SR den Eindruck, dass sich das noch junge Instrument Jahresgespräch im Prinzip bewährt und die Chance verdient, weitergeführt und zusammen mit dem GrSR optimiert zu werden. Es erlaubt dem SR und den Parteienvertreterinnen und -vertretern, sich einmal pro Jahr in einem speziellen Rahmen spontan und ohne fixe Traktandenliste sowie ausführlicher Protokollführung auszutauschen.

Dem Anliegen des Stadtrates, die Bevölkerung offen zu informieren, wird mit den über zwanzig öffentlichen Ratsdebatten, der Offenlegung der Protokolle, der Veröffentlichung der Legislatorschwerpunkte und der Halbzeitbilanzen sowie zahlreichen Medienanlässen und Communiqués zu Projekten und Vorlagen im Sinne des Transparenzprinzips nachgelebt. Über das Internet sind alle diese Gefässe zugänglich und erlauben Medien und Privatpersonen jederzeit einen chronologischen und umfassenden Überblick über die laufenden und erledigten Geschäfte und Debatten. In diesen Zusammenstellungen sind übrigens auch die wesentlichen Elemente der Präsentationen der Stadratsmitglieder am Jahresgespräch in Form der Jahresbilanzen enthalten und öffentlich zugänglich. Was fehlt, sind die anschliessenden Diskussionen zwischen den Parteien untereinander und zwischen den Parlamentsmitgliedern und den Stadratsmitgliedern. Aber genau darin liegt ja der Sinn des besonderen Rahmens des Jahresgespräches: Es sollen einmal pro Jahr auch ein paar Worte unter Pfarrerstöchtern oder wie man heute im Newsspeak sagen würde, "off records" ausgetauscht werden können. Wenn Sie das nicht wollen, können wir gerne darauf verzichten. Ich habe jeden Tag genug zu tun. Trotzdem möchte ich am bisherigen Jahresgespräch festhalten. "

Hermann Schlatter (SVP)**SVP-Fraktionserklärung**

„Die SVP/EDU-Fraktion teilt die Einschätzung von Ratskollege Walter Hotz, dass es insbesondere beim diesjährige Jahresgespräch nicht primär über strategische, lang- und mittelfristige Entwicklungen ging, sondern vielmehr um ein viel zu langes Aufzählen von aktuellen Problemen der einzelnen Referenten, die aber für die Entwicklung unserer Stadt keinesfalls matchentscheidend sind. Wir vermissten eine systematische Analyse. Was unsere Fraktion überhaupt nicht tolerieren und akzeptieren konnte, war das Anprangern eines einzelnen Ratskollegen aus unserer Fraktionsgemeinschaft durch den Stadtpräsidenten, insbesondere auch deshalb nicht, weil sich der Getadelte im Zeitpunkt des Angriffs nicht im Saal aufhielt. Für uns stellt sich auch die Frage, warum zu diesem Gespräch nicht der ganze Rat eingeladen wird, waren doch dieses Jahr knapp Zweidrittel aller Ratsmitglieder anwesend.

Was unter dem Begriff Strategie verstanden wird, interpretiert wohl jeder etwas anders, so sind ja auch insbesondere die politischen Ziele der einzelnen Parlamentarier völlig kontrovers. Was für eine Seite gut ist, ist für die andere schlecht. Die knappen Mehrheitsverhältnisse verschärfen die Situation zusätzlich. Auch muss der Stadtrat wohl von seiner Vorstellung abkommen, dass das Parlament mit dem Stadtrat im selben Boot sitzt, dies insbesondere was unsere Fraktion anbelangt, stellt sie doch momentan kein Exekutivmitglied. Es ist systembedingt, dass Stadtrat und Parlament verschiedene Funktionen haben, ja, es ist gemäss Verfassung die Aufgabe von uns Parlamentariern, das Handeln der Exekutive, stellvertretend für das Volk kritisch zu würdigen und einer Prüfung zu unterziehen.

Konfuzius sagte: Eine Strategie will Einigkeit schaffen, denn *„Wenn über das Grundsätzliche keine Einigkeit besteht, ist es sinnlos, miteinander Pläne zu schmieden“*. Genau hier liegt wohl der Hase im Pfeffer begraben, und damit wird dem Stadtrat die Sache auch nicht leicht gemacht.

Trotzdem muss der Stadtrat versuchen, klare, mittelfristig zu erreichende Ziele für unsere Stadt zu definieren, deren Zielerfüllung es natürlich ständig zu überprüfen gilt. Treten wesentliche Veränderungen, wie zum Beispiel die aufziehenden Gewitterwolken am Finanzhimmel auf, gilt es zu beurteilen, was dies für die Zielerfüllung bedeutet. Dafür müssen aber auch die Führungsinstrumente verbessert werden. Wir haben dies schon innerhalb der GPK mit dem Finanzreferenten diskutiert. Ein erster Ansatz, die Bekanntgabe der aktuellen Steuereinnahmen an die Mitglieder der GPK, ist seit Ende Juni in Auftrag gegeben, leider bis heute bei diesen aber noch nicht eingetroffen. Teilweise haben wir auch den Eindruck, dass man von stadträtlicher Seite gleichzeitig zu viel will, unserer Ansicht nach sollte vermehrt priorisiert werden. Bis dato hatte ich beim Jahresgespräch nicht den Eindruck, dass wirklich gemeinsam über die Ziele des Stadtrates diskutiert wurde, vielleicht lag es auch daran, dass dies für uns Parlamentarier Neuland war.

Wir bitten deshalb den Stadtrat, sich vor der nächsten Präsentation nochmals über Sinn und Zweck dieser Zielorientierung auszusprechen, allenfalls macht es auch Sinn, vorweg mit den Fraktionspräsidenten das Prozedere festzulegen. “

Urs Tanner (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

„Anschliessend an ein Konfuzius-Zitat zu reden, ist immer schwierig. Es war ein gutes Zitat. Ich stimme vielen Aussagen von Hermann Schlatter zu, was ich ja nicht sehr oft mache.

Der Stadtpräsident hat es gesagt, die Jahresgespräche sind ein noch junges Instrument. Womit ich hingegen nicht ganz einig gehe, auch nicht mit dem Interpellanten, ist hinsichtlich Artikel 63 der GO. Lassen wir fünf Juristen darüber schreiben, haben wir 10 verschiedene Definitionen zu strategisch lang- und mittelfristigen Entwicklungen und Jahresplanungen. Wir wären uns wohl nur einig über das Datum des Jahresgesprächs, nämlich im ersten Quartal jedes Jahres. Es war ein Wunsch dieses Rates, im Sinne der Von-Wattenwyl-Gespräche, das heisst im relativ kleinen Personenkreis. Jetzt muss die Exekutive ein Instrument verteidigen, das eigentlich unser Wunsch war. Das ist etwas merkwürdig. Eine 36er-Kommission wäre absolut absurd, schon jetzt ist sie zu hoch "aufgepimpt", ganz unter dem Motto, sowohl Stimmzähler als auch Fachkommissionspräsidenten sind eingeladen. Eine Vertretung pro Partei würde meines Erachtens genügen, es müssen nicht fünf SP-Genossen und 3 SVP-Gspänli anwesend sein. Ein Jahresgespräch ist eine "Veranstaltung von ganz weit oben", ohne die uns sonst bekannten Strukturen. Ich komme mir dabei wie ein Hockeyspieler ohne Schlittschuhe vor. Unsere Schlittschuhe sind Vorlagen, Motionen, streiten, interpellieren, und hier haben wir das nicht. Ein Gespräch, was heisst das genau? Es heisst zuhören, mit definieren. Artikel 63 macht grundsätzlich Sinn, sonst müsste man Antrag auf Streichung stellen. Ich empfehle ein Wegkommen vom Noten vergeben und vom Beurteilen, wer kommt mit seiner Präsentation am besten weg. Wir haben eine Verfassung und eine Geschäftsordnung, es geht um Ämter. Wer diese leitet, ist egal. Sollten institutionelle Bedenken bestehen, wäre das Thema eines Verfahrenspostulats mit dem Vorschlag, beispielsweise Abs. 2, Vorbereitung, dem Ratspräsidenten oder dem GPK-Präsidenten zu übertragen. Es gibt verschiedene Varianten, die Jahresgespräche komplett umzugestalten, inklusive Teilnahmemöglichkeit für die Öffentlichkeit. Das war aber ursprünglich mit der Anlehnung der Jahresgespräche an die Von-Wattenwyl-Gespräche nicht die Idee.

Seien wir ehrlich, wir treffen uns in gediegener Atmosphäre, reden nett miteinander, und nachher jagen wir mit unseren Vorstössen (von Hardmeier, Tanner und Zubler et cetera) die Regierung "wie die Sau durchs Dorf". Mit unseren Motionen und Vorstössen generieren *wir* die Vorlagen, *wir* sind die Qualität. Geben Sie nicht immer die Noten nach vorne. *Unsere* Geschäftsordnung, *unsere* Vorlagen - *wir* machen die richtige Politik, die Exekutive ist unsere Verwaltung. "

Martin Egger (FDP)**Votum**

"Auch ich war an besagtem Jahresgespräch und hatte allerdings einen etwas anderen Eindruck vom Ablauf, obwohl ich auch nicht mit allen Punkten einverstanden war. Ich hatte aber keineswegs den Eindruck, dass jemand bloss gestellt wurde. Meiner Ansicht nach ging es lediglich um eine Frage, die in einem Leserbrief erschienen war. Was ist der eigentliche Zweck dieser Interpellation? Urs Tanner hat es vorweg genommen. Sollte jemand nicht einverstanden sein, muss ein Verfahrenspostulat eingereicht werden, um mit entsprechender Mehrheit eine Umgestaltung der Jahresgespräche angehen zu können. "

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

"Machen Sie eine Symbiose der Idee von Urs Tanner und Hermann Schlatter: Die Gruppe, die sich jeweils im Museum trifft, sei gemäss Urs Tanner zu gross, zwei Personen pro Fraktion würden absolut genügen. Damit bin ich einverstanden. Zu Hermann Schlatter: Wenn man die Jahresgespräche zusammen mit den Fraktionspräsidenten bespricht und entscheidet, was traktandiert wird, werden diese wahrscheinlich effizienter. Beides zusammen - das gibt die Lösung. "

SR Thomas Feurer**Votum**

„Der Vorschlag muss von Ihnen kommen. Pikanterweise war es so, dass wir nach dem ersten Jahresgespräch vom GPK-Präsidenten gerügt wurden, weil er als GPK-Präsident nicht eingeladen wurde. Daraufhin haben wir alle Präsidenten der Fachkommissionen eingeladen. Dass anschliessend wieder eine Rüge erfolgte, war wohl voraussehbar.“

Ich möchte zu der mir von Hermann Schlatter vorgeworfenen Rüge gegenüber einem Parlamentsmitglied noch Folgendes anfügen: Dem war nicht so. Wir haben darüber gesprochen, wie in Zukunft die Rituale bezüglich Vorstösse und Stellungnahmen in den Medien ablaufen sollten, zumal die alten Rituale nicht mehr gültig waren. Das war das Thema unserer Diskussion. Es ging keineswegs um Blossstellung und auch nicht darum, keine anderen Meinungen hören zu wollen. Damit kann ich sehr gut umgehen, ich bin seit bald 16 Jahren in der Politik. Wenn aber einmal gegen eine Meinung entschieden wird, ist das auch eine Meinung. Sie als Ratsmitglieder sind ebenfalls gewählt und nehmen Ihre Funktion in Verantwortung Ihrer Wählerschaft wahr. Ich bitte Sie, dies zu anerkennen.“

Walter Hotz (FDP)**Schlusswort**

„Ich danke Stadtpräsident Thomas Feurer bestens für seine Stellungnahme und bin absolut befriedigt von seiner Antwort. Vielleicht haben wir bei Punkt 3 Meinungsverschiedenheiten. Ich kenne die Teilnehmeranzahl an den Von-Wattenwyl-Gesprächen nicht. Zu Martin Egger und Urs Tanner möchte ich sagen, dass ich die Jahresgespräche keinesfalls abschaffen will. Es geht nur um eine effizientere Gestaltung. Diese Diskussion hat ein Zeichen dafür gesetzt, dass man sich Gedanken über die zukünftige Organisation macht und die Jahresgespräche nicht nur ein nettes Zusammensein mit anschliessendem Apéro werden. Die heutige Begründung meiner Interpellation war im Gegensatz zu vielen anderen Voten sehr zahm, den Humor haben wir wirklich noch nicht verloren.“

Traktandum 5

**Postulat Thomas Hauser: Vergrößerung der
Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder Bau einer
zweiten Anlage im Eschheimertal**

Thomas Hauser (FDP)**Begründung**

„Ich kann mich sehr kurz fassen: Wie Sie wissen, wäre es technisch absolut möglich, den Rhein 20 bis 30cm höher zu stauen. Damit liesse sich die Leistung des Kraftwerks Schaffhausen um 5% steigern, was rund 8 bis 10 Millionen Kilowattstunden jährlich entspricht oder anders ausgedrückt, dem jährlichen Strombedarf von 1'600 Einfamilienhäuser. Diesem Höherstau stehen nur rechtliche Hürden im Weg, zwei Konzessionen müssten angepasst werden, vor allem aber Artikel 19 des Kantonalen Wasserwirtschaftsgesetzes, der einen Höherstau bis jetzt verbietet. Diese Gesetzesrevision verlangt eine erheblich erklärte FDP-Motion von Kantonsrat Martin Kessler. Somit komme ich zum Kern des Postulats. Sollte diese sinnvolle Gesetzesänderung des Kantonalen Wasserwirtschaftsgesetzes angenommen und der Höherstau des Rheins Realität werden, fällt auch in der Nacht, wenn der Stromverbrauch klein ist, mehr elektrische Energie an. Mit dem Nachtstrom betreibt das Kraftwerk Schaffhausen seit 1909 mit dem Engeweiher das erste Pumpspeicherkraftwerk der Schweiz. Mit dem überschüssigen Nachtstrom füllt man einen Stausee und lässt während des Tages, bei hohem Strombedarf, das Wasser

zum Betrieb einer zusätzlichen Turbine wieder herunterfliessen. Dank des Höherstaus kann mehr Wasser in den Engeweiher gepumpt werden. Die Frage ist nur, ob die bauliche Infrastruktur das aushält. Könnte man allenfalls die Anlage Engeweiher ausbauen oder wäre gar eine zweite Pumpspeichieranlage im Gebiet des Eschheimerweihers nötig oder denkbar? Diese Idee ist nicht neu, ich habe sie bereits bei der Behandlung des Postulats von Christine Thommen betreffend energieautarke Stadt Schaffhausen erwähnt. Seither haben sich die Vorzeichen weltweit und im Kantonsrat geändert. Deshalb möchte ich dem Stadtrat den angesprochenen Prüfungsauftrag erteilen. Ich bitte Sie um Unterstützung des Postulats. “

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

”Der Stadtrat soll mit dem Postulat beauftragt werden, zu prüfen, ob er dem Grossen Stadtrat eine Vorlage zur Vergrösserung der Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder dem Bau einer zweiten Anlage im Eschheimetal vorlegen soll.

Wir danken Grosstadtrat Thomas Hauser für die engagierte Begründung seines Vorstosses und nehmen dazu auch deshalb gerne Stellung, weil die Lösung von Energiefragen noch lange zu den absoluten Schwerpunkten bei den politischen Weichenstellungen gehören wird. Dies gilt insbesondere im Fall der Stadt Schaffhausen, die mit einem eigenen Elektrizitäts- und Gaswerk sowie einer eigenen Stromproduktionsanlage eine regionale Schlüsselrolle in der Energieversorgung einnimmt. Die Stellungnahme des Stadtrates wurde denn auch in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung der Städtischen Werke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall erarbeitet und abgestimmt.

Bereits heute kann gemäss diesen Recherchen zum Thema Höherstau des Rheins gesagt werden, dass selbst mit einer solchen Massnahme leider nicht so viel zusätzliche Energie in unser Netz eingespiessen wird, dass damit Überkapazitäten entstehen. Die zur Verfügung stehende Energie der Kraftwerk Schaffhausen KWS AG deckt nämlich aufgrund der Bezugsrechte von rund 53% nur etwa die Hälfte des in der Stadt benötigten Strombedarfs ab. Mit einem Höherstau beim KWS würde sich deshalb die sehr kostenintensive Anpassung der Speicherkapazitäten, beziehungsweise eine Vergrösserung des Pumpspeichwerkes Engeweiher kaum lohnen. Diese Feststellung gilt aus wirtschaftlicher und umweltpolitischer Sicht. Dazu kommt, dass die technischen Anlagenteile des Pumpspeichwerkes erst vor knapp zwanzig Jahren komplett erneuert wurden und das Speicherbecken im Moment abgedichtet wird.

Bereits bei der Vorstellung der neuen Unternehmensstrategie hat der Stadtrat in Abstimmung mit der VK jedoch darauf hingewiesen, dass die Bereitstellung von neuen erneuerbaren Energien - im Bereich Strom sind dies vor allem Wasserkraft, Photovoltaikanlagen und Windenergie und allenfalls Biomasse - zu einem zentralen Aspekt der künftigen Versorgungssicherheit gehören werden. Im Zusammenhang mit der Rechnungsdebatte haben wir zusätzlich angekündigt, dass die VK den städtischen Werken den Auftrag für eine Vorlage für einen Rahmenkredit zuhanden einer Volksabstimmung erteilt hat, mit dem sich die Werke - analog den Konkurrenzunternehmen - eigene Produktionskapazitäten bauen oder sich an solchen Anlagen werden beteiligen können. Aus heutiger Sicht kann darüber hinaus mit grosser Sicherheit gesagt werden, dass durch den Bau von privaten Stromerzeugungsanlagen - vor allem Photovoltaikanlagen - in Zukunft erhebliche Mengen zusätzlicher Energie ins Netz fliessen wird, die aufgrund der azyklischen

Produktion über geeignete Speicherkapazitäten "zwischenlagert" werden muss.

Der Vorstoss ist also vor allem aus dieser Optik sinnvoll, er sollte nach Ansicht des Stadtrates vertieft untersucht werden. Dafür müssten bei einer Überweisung primär die technischen Voraussetzungen und die ökonomischen sowie ökologischen Auswirkungen überprüft werden. Letztere sprechen allerdings gegen einen Einbezug des wertvollen Naturschutzgebiets im Eschheimertal und für eine Konzentration auf das Gebiet des heutigen Weiherbeckens. Wir würden die Frage aber auch in einen nationalen Kontext stellen, denn alle Versorgungsunternehmen sind mit ähnlichen Fragestellungen konfrontiert, und wir sind an den Lernprozessen dieser Unternehmen interessiert. Ich kann Ihnen eine Zahl angeben: In Süddeutschland wurde die Anzahl der vom Bund (private Personen) prognostizierten Photovoltaikanlagen um den Faktor 5 übertroffen, und dies aufgrund der Rahmenbedingungen und der Sensibilität der Bevölkerung. Wir sind interessiert, das Postulat entgegenzunehmen.

Zum Schluss danke ich den Unterzeichnern des Postulats für den innovativen Ansatz und verspreche Ihnen bei einer Annahme einen seriösen Abklärungsprozess und eine ebensolche Berichterstattung. "

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Es freut mich, im Namen der SP/AL-Fraktion auf das Postulat Stellung nehmen zu können. Ich danke im Voraus für das Postulat und für die sehr konstruktive Stellungnahme des Stadtpräsidenten. Wie Sie wissen, hat die SP/AL-Fraktion bereits mehrfach Vorstösse dazu eingereicht und auch sämtliche Vorstösse in diesem Bereich unterstützt (beispielweise den Vorstoss von Christine Thommen). Wir sind jetzt auch gerne bereit, dem Postulat von Thomas Hauser zuzustimmen und gehen mit dem Stadtpräsidenten einig, dass die Versorgung mit erneuerbarer Energie eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sein wird. Auch wenn ich mit dem Stadtpräsidenten der Meinung bin, dass der Standort Eschheimertal nicht so günstig ist, sind wir trotzdem der vollen Überzeugung, dass der im Postulat aufgeführte Prüfungsauftrag erheblich zu erklären ist, weil damit eine sinnvolle Antwort geschaffen werden kann. "

Georg Merz (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Einer Vergrößerung des Engeweiher stehen wir nicht grundsätzlich negativ gegenüber, lehnen jedoch das Postulat zum heutigen Zeitpunkt aus folgenden Gründen ab. Ein doppelt so grosser Engeweiher mit der gleichen Pumpe, Druckleitung und Turbine wird nicht wesentlich mehr Strom erzeugen als heute. Eine zweite Anlage im Eschheimertal lehnen wir aus ökologischen Gründen ab. Ein Pumpspeicherkraftwerk produziert nicht mehr Strom, sondern liefert aus 100 Einheiten Nachtstrom rund 75 Einheiten Strom für Spitzenverbrauchszeiten. Den Auftrag, jetzt Möglichkeiten für eine Vergrößerung oder den Bau einer zweiten Anlage zu prüfen, bevor ein Höherstau des Rheins kommt und bevor wir zu viel Strom aus den noch laufenden Atomkraftwerken haben, halten wir nicht für sinnvoll. Ausserdem gibt es in den Bergen Speicherseen oder diese sind bereits im Bau. Wir lehnen deshalb das Postulat ab. "

Thomas Hauser (FDP)

Schlusswort

"Ich habe nur gesagt, die Möglichkeit Eschheimerweiher sei zu prüfen, denn dieser

war früher schon einmal ein Weiher. Ich habe dort während meiner Realschulzeit mit Altlehrer Flubacher noch Eislaufen und Hockey spielen gelernt; es war sogar einmal ein See. Es muss aber nicht sein, sondern ich wollte die Variante nur prüfen.

Ich kann Ihnen aber bereits heute bekannt geben, dass von der FDP demnächst ein Vorstoss kommen wird. Sie können mit 10% des Wassers, das Sie oberhalb des Kraftwerks mittels eines Rohrs auf eine Turbine unterhalb des Rheinfalls direkt auf das bestehende Kraftwerk führen, die Strommenge des jetzigen Kraftwerks um 30% erhöhen. Das ist eine Idee unseres FDP-Parteipräsidenten Marcel Sonderegger, die Berechnungen dazu stammen ebenfalls von ihm. Der Vorstoss wird demnächst eingereicht. Dadurch wird noch mehr Nachtstrom generiert und macht meinen Vorschlag wieder sinnvoller. Bei der FDP denkt man etwas weiter, deshalb unterstützen Sie doch bitte diesen Vorstoss. "

Abstimmung

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat vom 12. April 2011 in seiner Schlussabstimmung mit 23 : 4 Stimmen erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN

Zusammensetzung der 11er Spezialkommission zur Vorberatung der VdSR Verkauf von Baurechtsgrundstücken vom 12. Juli 2011:

OeBS/CVP/EVP-Fraktion: Katrin Bernath, Rainer Schmidig (einladende Fraktion)

SP/AL-Fraktion: Andres Bächtold, Andi Kunz, Urs Tanner, Kurt Zubler

SVP/EDU-Fraktion: Dr. Cornelia Stamm Hurter, Josef Eugster

FDP-Fraktion: Thomas Hauser, Martin Egger

Bürgerlich-liberale Fraktion: Res Hauser

Erster Sitzungstermin: 27. September 2011, 18 Uhr

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 6. September 2011, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:22 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 6. September 2011